

Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Teicher Straße 30 IV, Volkshaus, Aufgang B oder C
Fernruf 27503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 10 Mark. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einfindung der Kosten ausgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 36

Sonnabend, den 9. September 1922

26. Jahrgang

Der vierteljährliche Bezugspreis unserer Wochenzeitschrift „Der Steinarbeiter“ wird vom 1. Okt. 1922 von 6 M. auf 18 M. erhöht. Die Begründung liegt in der Preissteigerung der Zeitungsherstellung.

Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperr-, Streif-, Zugang fernhalten“, in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Laufende Notizen unter: „Sperr-“, „Streif-“, „Zugang fernhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.

Sperrt:

In Zena (Grabsteingebäude von Ebert & Behr). Die Darmunder Union (Hochofenbau) von Steinmeyer unbedingt zu meiden. In Braunschweig, Platz Dellner & Hüser.

Streif:

In Aachen (Steinmeyer). In Frankfurt a. O. Ober-riedenberg, Roth-Kornheim. (In den Werken der Firma Reimach & Co.) In Hemmerau (Firma Bornhofer, Betrieb Bauhing). In Alsbach-Bernburg.

Zugang ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperr- und Streif von Forst (Grabsteingebäude). Vom Basaltwerk Heiligenmühle, Dehsen (Ahn).

Erlebte Bewegungen:

In Steinach (Griffelindustrie, Firma Mohr) Streit beendet. Nürnberg. Vom 28. August an erhalten sämtliche Arbeiter in der Denkmalbranche (vom Bildhauer bis zum Hilfsarbeiter) pro Stunde 12 Mark Zulage. In der Marobranche tritt ab 4. September für alle Arbeitsgruppen eine Zulage von 11 Mark, ab 18. September eine weitere von 4 Mark in Kraft; Frauen drei Fünftel davon. Für das Stadtgebiet, einschließlich Fürtz, eine Montagezulage von 4 Mark pro Stunde.

Die gegenwärtige Not

trifft besonders die Angehörigen der werktätigen Bevölkerung schwer und es ist nach wie vor erforderlich, daß Regierung, sozialistische Parteien und Gewerkschaften alle Kräfte auf die Bekämpfung der Krise richten, die aus der Marktenwertung und der Preissteigerung entstehen. Dabei muß man sich freilich von vornherein über die Grenzen des Möglichen im klaren sein. Solange in der außenpolitischen Situation nicht ein entscheidender Umschwung eintritt, können alle innerpolitischen Maßnahmen nur zur Abmilderung, nicht zur Beseitigung der Not führen. Die Kommunisten behaupten allerdings, daß dies alles nur an der Bagdadität der sozialistischen Parteien, an dem mangelnden Willen der Gewerkschaften und der Regierung läge. Sie haben es leicht, mit radikal klingenden Forderungen die Ansprüche zu übertrumpfen, die der ADGB an die Regierung gerichtet hat. Leicht, weil sie genau wissen, daß sie der Mühe überhoben sind, durch praktische Erprobung ihrer Vorschläge, deren bessere Erfolgsmöglichkeit zu beweisen. Die Forderung nach Arbeiterkontrolle über dies und jenes Gebiet der Produktion des Handels, über Banken, Verkehr, Lebensmittelverteilung usw. klingt außerordentlich verlockend. Aber wir wissen aus praktischer Erfahrung, daß mit einer Arbeiterkontrolle noch gar nichts erreicht ist, wenn man dem Bankdirektor oder Händler einen Arbeiter neben seinen Schreibtisch stellt. Wirklich kann eine solche Kontrolle erst werden, wenn die zur Kontrolle berufenen Arbeiter einen derartigen Grad von Einsicht in die Geschäftsführung besitzen, daß sie in die Schliche und Kniffe des Geschäftslebens auch wirklich hineinblicken können. Man befrage darüber jedes Betriebsratsmitglied, das seinen Beruf nicht in bloßer politischer Agitation, sondern in der Erfüllung seiner wirtschaftlichen Aufgaben sieht.

Der Vorstand des ADGB und jener des IFA-Bundes wendet sich unterm 29. August mit einem Aufruf an die Gewerkschaftsmitglieder, um gegen die Querstreifen der SPD energisch Front zu machen. Die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften können unternehmen was sie wollen, von jener Seite wird alles benutzt, um gegen die vorgezeichneten Maßnahmen hindernis anzulegen und in geradezu widerlicher Weise das kommunistische Parteipöppchen zu locken versucht. Der Aufruf des Bundesvorstandes lautet:

„An die Gewerkschaftsmitglieder!“

In ihrem Aufruf vom 25. August „An das deutsche Proletariat“ hat die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands wieder einmal ihr wahres Gesicht gezeigt.

Die jetzige furchtbare Not und die nur zu berechtigte Erregung der Arbeiterklasse nützt die Kommunistische Partei aus, um die Arbeiter, Angestellten und Beamten aufzurufen — gegen die Gewerkschaften!

Wie schon so oft, erhebt auch dieser kommunistische Aufruf gegen die Leitungen der Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien den blöden Vorwurf, sie hätten sich mit der Kapitalistenklasse verbündet. Von den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften jagt der Aufruf in Beziehung der Reichsregierung unterbreiteten Vorschläge zur Bekämpfung der Teuerung, es sei ihnen mit ihrem Vorgehen gar nicht ernst. Sie wollten keinen Kampf (die Kommunisten „kämpfen“ ja immerfort), sondern eine „burgfriedliche Verständigung der Instanzen unter vier Augen“ und deshalb hätten sie „die werktätigen Massen ausgeschaltet“. Ebenso sollen die Instanzen, die „ängstlich den Massen Druck auf die Regierung ausgeschaltet“ haben.

Deshalb fordert der kommunistische Aufruf das deutsche Proletariat auf, sich „entschlossen und mit aller Macht gegen die Instanzen“ zu wenden.

Unerbittlicher Kampf gegen die Gewerkschafts- und Parteinstanzen! Nieder mit den Instanzen! — so wird die Aufforderung

zum Angriff gegen die Gewerkschaften und ihre gewählten Leitungen mehrfach wiederholt.

Wie in Italien die wildgemachten Sordren der Reaktion die Gewerkschaftsführer morden, die Gewerkschaftshäuser erstürmen und niederbrennen, so sollen jetzt bei uns in Deutschland wohl die durch die Not erregten und verbitterten Massen durch kommunistische Lügen und Phrasen noch mehr aufgereizt und zu ähnlichen Taten angeregt werden. Versuche dieser Art mit tätlichen Angriffen auf Gewerkschaftsanstalten durch kommunistisch verhegte Elemente mußten wir ja schon früher bereits erleben.

In Italien kämpft so die Reaktion gegen die Arbeiter. In Deutschland aber ruft eine Arbeiterpartei ihre Anhänger zum Kampfe auf gegen Arbeiter.

Obendrein eine Partei, die fortgesetzt nach der Einheitsfront der Arbeiter schreit und stets auch ihre Freundschaft zu den Gewerkschaften beteuert. Welche elende Scheuerei das ist, zeigt die Zentrale der SPD, deutlich mit diesem neuen Schwindelaufzug.

Wir nehmen zu ihm öffentlich das Wort, nicht um mit der kommunistischen Zentrale zu diskutieren — kein ehrlicher Gewerkschafter kann uns das mehr zumuten! — auch nicht etwa aus Angst und Furcht vor ihren Drohungen — wir sind in vergangenen Zeiten auch vor Drohungen und Drangsalierungen durch viel stärkere Mächte nicht zurückgeschreckt! — sondern lediglich aus dem Grunde, weil wir es für unsere Pflicht halten, die Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder auf diesen neuen kommunistischen Skandal aufmerksam zu machen.

Keinen größeren Arbeiterberrat kann es geben als den, gerade in dieser schweren Zeit die Mitglieder gegen ihre gewählten Leitungen zu heken, Uneinigkeit und Unfrieden in der Arbeiter- und Angestelltenenschaft zu sühnen, wie es die Kommunisten tun.

Das Interesse der gesamten Arbeitnehmerschaft macht es notwendig, diesen erneuten kommunistischen Verrat öffentlich festzustellen und zu brandmarken.

Eine Partei und deren Anhänger, die ihre ganze Tätigkeit und Organisationsarbeit einstellen und aufbauen auf die Not und die Verzweiflung der Arbeitgenossen und deren Angehörigen, handeln unverantwortlich! Unverantwortlich deshalb, weil sie ihre Verpflichtungen und Schlagwortarbeit niemals erfüllen und ausführen können. Eingeschlossen ist in das weltwirtschaftliche Gebilde und die gegenwärtige Not erleichtert den von Rußland infizierten und inspirierten Demagogen, — die mit verblüffenden Schlagworten die schwierigsten Probleme lösen — das gewissenlose Handwerk. Die Gewerkschaften haben demgegenüber zu sagen was ist. Unser aller Grundsatz ist noch immer: **Wer gegen uns ist, ist unser Gegner und Gegner werden bekämpft mit den stärksten Mitteln!** Bedauerlich bleibt nur immer, daß Klassenengenossen, die unter denselben Lebensbedingungen zu leiden haben, sich gegenseitig bekämpfen, und bei diesem Kampf entsteht dann sehr leicht die Gefahr, daß wichtige Situationen und Momente in anderer Beziehung ungenutzt verstreichen. Die Jahre nach dem Zusammenbruch in Deutschland haben es genügend bewiesen. Soll dieser Zustand denn immer aufhören? Soll es immer so weiter gehen?

Kollegen, Nein! und abermals Nein! Laßt Euch nicht einfangen von und mit dem kommunistischen Wortgebinde und Kraftmooren. Die gegenwärtige Not ist nicht mit Schlagworten aus der Welt zu schaffen, noch weniger, wenn die organisatorische Stütze der Lohnempfänger geschwächt wird. Sondern nur, wenn bei Abwägung von Ursache und Wirkung gemeinsam und einheitlich auf beides so einzuwirken versucht wird, wie es eingangs dieses Artikels angedeutet wurde. Wer anders handelt, verschärft die Notlage, ist gewissenlos und wird als unser Gegner bekämpft.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben am Freitag, dem 1. September, zu den bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Teuerung Stellung genommen. Soweit die weiteren Pläne der Reichsregierung bekannt sind, werden sie von den Gewerkschaften als vollkommen ungenügend erachtet. Die Spitzenorganisationen haben deshalb in einem Telegramm an den Reichskanzler um sofortige neue Verhandlungen mit der Reichsregierung gebeten.

Hierzu schreibt der „Sozialistische Parlamentsdienst“:

Die Reichsregierung war auf dem besten Wege, gegen Teuerung und Wucher vorzugehen. Ihre angekündigten Maßnahmen haben bei den breiten Volksmassen große Sympathie gefunden, leider aber blieb es bisher nur bei dem Anfang. Die Veröffentlichung einer Verordnung über die Beschränkung der Einfuhr, die übrigens äußerst unzulänglich erscheint, und die Ausarbeitung einer Verordnung über die Erhöhung der Ausfuhrabgaben, von der man sich ebenfalls nicht viel versprechen soll — das sind bis jetzt die einzigen Maßnahmen —, können den Hunger des darbenenden Volkes nicht stillen. Wir verurteilen keinesfalls, daß die Reichsregierung in den letzten Tagen durch die schwelbenden Reparationsverhandlungen außerordentlich stark in Anspruch genommen war, aber wir haben kein Verständnis dafür, daß das unbedingt auf Kosten der arbeitenden Schichten geschehen mußte. Inzwischen ist die Not größer geworden. Sie erfordert weitergehende Maßnahmen, als sie bisher von der Regierung geplant waren. Zunächst verlangen wir, daß bevor man handelt und eilt, um halb die Erhöhung der Umlagepreise, insbesondere auch für das erste Drittel, vorzunehmen zu können, zunächst einmal für unsere Gehalts- und Lohnempfänger gesorgt werden muß, deren Gehälter mit der Bewegung des Dollars nicht fortschreiten. Jetzt muß endgültig Klarheit darüber geschaffen werden, ob man in der gegenwärtigen Not den Handel weiterhin frei schalten und walten lassen will und ob ferner weiterhin zugehört werden soll, wie für den Groß- und Kleinhandel jede Entwertung der Mark für neue Preisfestsetzungen maßgebend ist, während das Sinken des Dollars keine Verdrückung findet. Wo bleibt die zugesicherte schärfste Anwendung der Wuchergesetze? Wann gedenkt man dem endlosen unerhörten Launen auf dem Produktmarkt durch energische Maßnahmen entgegenzutreten? Wie lange soll sich das Volk das Hinwieseln an der Börse noch gefallen lassen?

Es ist die allerhöchste Zeit, daß die Reichsregierung endlich entschieden zugreift. Das Volk wünscht mehr als lediglich eine Ankündigung von Maßnahmen, die bisher nur auf dem Papier stehen. Senger tut weh, das möge die Reichsregierung gerade in diesen Tagen nicht vergessen!

Historischer Materialismus und politische Praxis.

Eine der wertvollsten Gaben, die uns Marx und Engels in den Werken ihres Lebens hinterlassen haben, ist der historische Materialismus oder, wie ihn die Jetztzeit mit Vorliebe nennt, die ökonomische Geschichtstheorie. Wissenschaftler, die parteipolitisch stark

bürgerlich engagiert sind, schimpfen zwar recht gewaltig auf diese Theorie, sie lassen keinen Raum für das Wirken machtvoller Ideen und machtvoller Persönlichkeiten, man kann aber höchst vergnüglich verzeichnen, daß auch sie, wenn sie einmal ernsthaft wissenschaftliche Arbeit leisten, oft genug die Grundsätze der ökonomischen Geschichtsauffassung anwenden.

In der Arbeiterbewegung ist das Verhältnis zwischen der Erkenntnis, die ihr diese Geschichtsauffassung gibt und der politischen Praxis, die sie betreibt, nicht immer ein klares. Kritisch höchst ernsthaft und bedeutungsvoll für die Arbeiterklasse ist das Kapitel zu behandeln, wenn Politiker, die sich bei jeder Gelegenheit als die strengsten Marxisten bezeichnen, die ökonomische Geschichtsauffassung in ihrer politischen Praxis nicht nur ignorieren, sondern geradezu in das Gegenteil umkehren.

In ihrem Kernpunkt besagt die genannte Marx'sche Theorie: Das Primäre, das Bestimmende für den „ideologischen Ueberbau“ der menschlichen Gesellschaft — das ist: Staat und Staatsrecht, bürgerliches Recht, in weiterer Folge auch sittliche und religiöse, philosophische und künstlerische Anschauungen — ist der Produktionsprozeß, in dem alle für die menschliche Gesellschaft notwendigen Güter hergestellt werden. Je nachdem sich dieser Prozeß nach dem Stande der Technik, der Arbeitsteilung, der Klassenscheidung ändert, so wälzt sich in langsamerer oder schnellerer Folge der gesamte ideologische Ueberbau um. Eigenbewegungen in der Entwicklung der unter diesem Namen zusammengefaßten Einrichtungen und Anschauungen leugnet die ökonomische Geschichtsauffassung durchaus nicht; sie sind vorhanden, sie laufen nach ihr auch nicht immer parallel mit der ökonomischen Entwicklung, sie führen oft genug zu einem mehr oder weniger bemerkbaren Gegensatz zu dieser, um letzten Endes sich aber doch ihr anpassen zu müssen. Auf Grund der Veränderungen in der ökonomischen Struktur der Gesellschaft werden neue Ideen, neue ethische Anschauungen geboren, die aber bei strenger Anwendung der ökonomischen Geschichtstheorie nur die Begleitmusik für die Veränderungen bilden, die letzteren durchaus nicht veranlassen oder in ihrem weiteren Verlauf bestimmen, sondern höchstens nur verständlicher machen können. Eine weitere logische Schlussfolgerung, bei strenger Anwendung der Theorie, wäre demnach, daß eine Umgestaltung des Produktionsprozesses durch Staatsmaßnahmen, durch Gesetze und Verordnungen, selbst wenn sie sich auf sicher scheinende politische, juristische, philosophische oder ethische Erwägungen stützen, eine Unmöglichkeit sei, denn diese Gesetze und Verordnungen, diese Erwägungen sind ja nicht das bestimmende Moment der Entwicklung. Die staatsrechtlichen Maßnahmen, die juristische Formulierung, die sittliche Bewertung dieser Veränderungen hängen ja erst hinterher.

Das Privateigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln ist nach Marx die Ursache der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten, ist die Ursache der ungeheuren wirtschaftlichen und politischen Macht jener Klasse. Diese kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch die juristische Aufhebung des Privateigentums automatisch zu einer sozialistischen zu machen, ist ein Fehlschluß, ein Widerspruch gegen die Grundauffassung der ökonomischen Geschichtstheorie, denn dadurch würde die juristische Formel zum bestimmenden Moment in der Entwicklung gemacht werden. In der unlogischen Anwendung der ökonomischen Geschichtstheorie liegt einer der Hauptfehler der Sowjetexperimente in Ungarn und Rußland. Durch Gesetze und Verordnungen, also durch die Idee, wollten dort die Diktatoren die ökonomische Struktur der Gesellschaft ändern, zwar nach der Richtung der grundsätzlichen Forderungen der Arbeiter, aber doch wollten sie das sekundäre, das abhängige Moment in der Entwicklung zum bestimmenden machen.

Doch Anklänge an diese Auffassung findet man auch tausendfach in den Reihen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter. Erwarten sie doch richtunggebenden Einfluß auf die Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaftsform durch Gesetze und durch die Teilnahme an der Regierung. Und doch kann an Hand der Erkenntnis, die uns die ökonomische Geschichtstheorie gibt, dieser Einfluß nur sehr beschränkt sein und wird sich hauptsächlich nur darin äußern, die Eigenbewegungen in der Entwicklung des Staates, des Staatsrechts, der Rechtspflege usw. beizeiten und mit möglichst wenig Kraftaufwand zu korrigieren, damit diese nicht in Gegensatz und damit hindernd zu den Veränderungen in der ökonomischen Struktur der Gesellschaft treten.

Die Enttäuschung über diese geringe Bewertung der endlichen Erfolge des jahrzehntelangen politischen Kampfes der Arbeiterklasse braucht nicht zur Mutlosigkeit zu führen. An der Wiege des § 165 der Reichsverfassung, der Festlegung der Wirtschaftsdemokratie, stand nicht der erste mitteldeutsche Generalstreik im Februar und März 1919, sondern die intensive Gewerkschaftsarbeit vor diesem Datum, die millionenfachen Verhandlungen der gefesselt nicht festgelegten, sondern selbständig entstandenen Kommissionen der Arbeiter in den Betrieben. Dort bildeten sich die Anfänge der Wirtschaftsdemokratie, wenn der Unternehmer unaufgefordert, um die Arbeiterkommissionen verhandlungsmächtig zu machen, seine Statistiken und Kalkulationen aus dem Schreibtisch zog und auf die Konkurrenz hinwies, worauf die Arbeiter oft genug die niedrige Dividendenverteilung der Konkurrenzfirma aus dem Handelsblatt nachwiesen und die Möglichkeit einer anderen Kalkulation unter Erhöhung der Löhne begründeten.

An der Wiege der „Expropriation der Expropriateure“ steht nicht die juristische oder staatsrechtliche Aufhebung des Privateigentums, sondern die sich ergänzende Zusammenarbeit der Arbeiter und Angestellten, die Erkenntnis der Einzelheiten und der Zusammenhänge des Produktionsprozesses, die souveräne Beherrschung desselben durch sie. Damit wänden sie dem Kapitalisten das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln aus der Hand. Die staatsrechtliche Festlegung dieser Veränderung in der ökonomischen Struktur folgt erst darauf.

Zeitungsnot und Arbeiterschaft.

Zu den täglichen Bedarfsartikeln, die am notwendigsten sind und die ein einigermaßen geistig regjamer Mensch unter keinen Umständen missen kann, gehört zweifellos die Tages- und die Nachpresse. Sie ist so notwendig für die geistige, wie das tägliche Brot für die leibliche Nahrung! Auf keinem Gebiet ist jedoch die Teuerung derartig emporgeschwollen wie im Zeitungswesen. Mit dem Zeitungsdrukpapier wird eine Preispolitik getrieben, die mit der Bezeichnung Wucher noch nicht genügend getroffen ist. Alle Versuche der Zeitungsverleger, der politischen Parteien und der Regierung scheitern machtlos gegen die Preispolitik. Man ist in dieser Frage schon oft zusammengekommen, man hat geredet und erwogen, man hat gemurmelt und sich die Not geklagt, hat auch Verschlüsse gefaßt, doch die Preisbildung und ihre Antreiber gehen darüber zur Tagesordnung über. Der Papierpreis steigt weiter, wie die

Nur, ohne jedoch wieder abzuebben. Die Teuerung in der Urproduktion wie Kohle, Holz, auf der einen und der vom Auslande bezogene Zellstoffe (zur Papierherstellung unentbehrlich) auf der andern Seite, sind die von kapitalistischem Eigennutz gut dirigierten Kräfte der Preissteigerung.

Im Juli 1914 kostete ein Kilo Zeitungsdruckpapier 0.21 M.; im Juli 1916 0.36; Juli 1919 0.99; Juli 1922 2.22 M.; und im September 1922 80 M. Der Vorkriegspreis ist also um 400fach gestiegen. Hinzu kommt die Preissteigerung aller anderen Materialien, die zum Druck benötigt werden wie Farbe, Metalle, Maschinen. Die Lohnsteigerung im Buchdruckgewerbe, die so oft in der Zeitungspreisbildung ausgespielt wird, ist darin der schwächste Faktor.

Ein tägliches Zeitungsexemplar erfordert monatlich im Durchschnitt zirka 1 1/2 Kilo Druckpapier; daher ist leicht zu errechnen, was die Tagespresse, wenn sie nicht zugrunde gehen will, an Bezugspreis erheben muß. Dieses „muß“ wird nun leider nicht genug vom Leserkreis eingesehen. Man schimpft und zeteret über die Bezugspreissteigerung, ohne sich um die Ursachen der Steigerung zu informieren und bestellt seine Tageszeitung einfach — ab! Infolgedessen hat bereits seit längerer Zeit ein großes Zeitungssterben eingesetzt, dessen Auswirkung für unseren Kulturstand, für die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht nur äußerst unangenehm, sondern direkt eine Gefahr darstellt, die für die sozialistisch und gewerkschaftlich orientierten Arbeiter, Angestellten und Beamten eine dringende Mahnung ist, ihrer Tagespresse nicht die Gefolgschaft zu kündigen!

Die Arbeiterpresse hat infolge ihrer ganzen Aufmachung und Einstellung zu den politischen Vorgängen seit jeher wenig Wert auf den Inseratenfang gelegt, sie dient in erster Linie der politischen und wirtschaftlichen Information, Aufklärung und Erziehung. Anders ist der größte Teil der bürgerlichen Blätter eingestellt, sie verstehen es außerordentlich, das Hauptgewicht auf das Inseratengeschäft zu legen und sind folglich bei der Geschäftseinnahme den Arbeiterblättern um einige Nasenlängen voraus. Die Arbeiterpresse nimmt auch nicht jedes Inserat auf, während die bürgerliche Presse darüber weniger vom Gewissen gepeiniget wird. Für die proletarische Bewegung wäre es verhängnisvoll, wenn ihre mühsam geschaffenen Tageszeitungen oder Arbeiterblätter schleichlich wegen Abnehmenschwind und der dadurch bewirkten fehlenden Mittel ihr Erscheinen einstellen müßten.

Das darf nicht eintreten! Ein guter Gewerkschafter liebt dauernd die Arbeiterpresse! Eine in den Verhältnissen begründete Bezugspreissteigerung kann ihn nicht veranlassen, die Arbeiter-Tagespresse abzubestellen!

Wer entgegengekehrt handelt, schädigt sich selbst; schadet allerdings nicht mit Absicht der sozialistischen und gewerkschaftlichen Bewegung. Kollegen und Kolleginnen! Der Einfluß unserer Tageszeitungen darf nicht geschmälert werden, im Gegenteil, jedes Verbandsmitglied hat die Pflicht, den Einfluß zu fördern, es muß Bankrottmutige aufrechten und veranlassen, dem Arbeiterblatt die Treue zu wahren!

Auch die Gewerkschaftszeitungen kommen bei dem ungeheuren Papierpreis in die Klemme, deshalb muß äußerst sparsam mit dem Bedarf an Ort umgegangen werden. Die fabelhaften Papierpreise gestatten nicht mehr, an die einzelnen Zahlstellen überschüssige Agitationsexemplare zu senden. Jeder Ort hat nur Anspruch auf die Zahl, wie die Mitgliederliste ergibt, für die Agitation verwendete man gelesene Exemplare. Wenn jede Zahlstellenverwaltung, jedes Mitglied in dieser Zeitungsfrage auf dem Posten ist, kann sehr viel im Interesse der Gesamtmitglieder erhalten bleiben, erhalten an Verbandsausgaben. Dies kann nicht nur, sondern muß beachtet werden! Für die strebsamen und rührigen Verbandsmitglieder wäre es sicherlich nicht angenehm, wenn infolge der Papierpreissteigerung der „Steinarbeiter“ an Umfang und Inhalt verringert werden müßte oder gar der Erscheinungstag auf 2 oder 4 Wochen ausgedehnt zur Anwendung kommt. Die Verbandszeitung ist heute mehr denn je das Binde- und Aufklärungsmittel, eine Einschränkung nach irgend einer Seite ist der Bewegung nicht förderlich. Darum helfe jeder mit, etwa unnötigen Verschleiß zu hindern und im übrigen werbt und agitiert für die örtliche sozialistische Arbeiter-Tagespresse!

Die Notwendigkeit der Lebensversicherung.

Die Lebensversicherung ist in den Kreisen des arbeitenden Volkes leider noch wenig bekannt. Sie erfährt gegenüber anderen Versicherungsarten, wie z. B. Feuer-, Vieh- und Hagelversicherung, nicht die ihr gebührende Würdigung. Diese Umstände geben uns Veranlassung, das Wichtigste zu behandeln und den verehrten Lesern die Wege zu einer guten Versicherungsgesellschaft zu weisen. In weiten Volksteilen ist der Sparinn zu entwickelt. Einen Notpfennig für Zeiten zu haben, in denen große Ausgaben infolge Krankheit oder Todesfalls nötig werden, muß das Ziel und die erste Aufgabe des sorgenden Familienvorwärters sein. Wer beizeiten vorzorgt, schützt seine Angehörigen vor den Wechselfällen des Lebens, hilft ihnen über die erste Not hinweg. Ebenso haben alle Personen ein Interesse daran, sich für die Zeit, wo sie alt und gebrechlich geworden sind, einen Notgroßchen zu sichern. In der Regel wird von allen, die in der Lage sind, etwas zurückzulegen, der Weg zur Sparkasse gewählt. Die Sparkasse verzinst

die eingeleagten Gelder zu dem üblichen Zinsfuß. Das Kapital vermehrt sich unter normalen Umständen durch Einlagen und Hinzuzahlung der Zinsen und Zinseszinsen. Der Sparer ist so auf sich selbst gestellt. Erteilt ihn als Haushaltungsvorstand durch natürliche oder andere Umstände der Tod, so steht seinen Hinterbliebenen zur Dedung der Kosten die Sparsumme nebst den aufgesammelten Zinsen und Zinseszinsen zur Verfügung. War es dem Sparer nur möglich, wenige Jahre hindurch einige hundert Mark zurückzulegen, so tritt bei der ungeheuren Geldentwertung ein erhebliches Defizit im Haushaltungsbudget, und damit bitterste Not ein.

Anders aber läge der Fall, wenn der Haushaltungsvorstand sein Leben versichert hätte. Er ist in diesem Falle nicht auf sich selbst gestellt, sondern gleich ihm hatten sich Tausende und aber Tausende versichert. Sie alle verfolgen bewußt oder unbewußt den Zweck, sich solidarisch für den Fall des Todes zu unterstützen, und zwar dadurch, daß die dafür erforderlichen Beträge auf die Gesamtheit der Versicherten verteilt werden. Was dem einzelnen in solchen Fällen nicht möglich ist, wird durch eine Vielzahl von Personen mit Leichtigkeit erreicht. Jeder Versicherte zahlt in Form eines Beitrags, der von den Versicherungsmathematikern für bestimmte Eintrittsalter berechnet ist und Prämie genannt wird, in die Kasse der Versicherungsanstalt. Würde ein Versicherter schon nach kurzer Zeit des Bestehens seiner Versicherung sterben, so würde, je nach den Umständen, die volle Versicherungssumme fällig sein. Die Hinterbliebenen erhalten so bedeutend mehr, als der eingezahlte Prämienbetrag ausmacht, und können damit, je nach Höhe des Versicherungsbetrags, die entstandene Notlage mehr oder weniger ausgleichen.

Ein Beispiel:

A. versichert sich im Alter von 30 Jahren bei der Volksfürsorge auf 25jährige Dauer nach Tarif IIa. B. spart bei der Sparkasse und erhält 3 1/2 Prozent Zinsen. Beide verwenden jährlich für diesen Zweck je 300 M. Würde nach zehn Sparjahren der Tod eintreten, so würden erhalten:

- die Hinterbliebenen von A. 6600 M.,
- die Hinterbliebenen von B. 3519.42 M.

Zu der Summe der Volksfürsorge treten noch allenfallsige Gewinnanteile.

In Erkenntnis dieser Tatsache und in der weiteren Erkenntnis, daß die Krankenkassen und sonstigen Zwangsversicherungen des Reiches ein nur ungenügendes Sterbegeld zahlen, haben viele Arbeiter- und Konsumantenorganisationen zentrale oder lokale Sterbekassen zu ähnlichen Zwecken gegründet. Oft fehlen dabei die nötigen Erfahrungen und versicherungstechnischen Voraussetzungen, und manche Enttäuschung stellt sich ein. Erheblicher Aufwand an Zeit und Geld ist die Folge lokaler Zerplitterung, eine Versicherung bei einer leistungsfähigen Lebensversicherung das Zweckmäßigste.

Aus den Darlegungen erhellt ohne weiteres der hohe volkswirtschaftliche Wert der Lebensversicherung, die auf dem schönen Prinzip: „Hilfe auf Gegenseitigkeit!“ oder: „Einer für alle und alle für einen!“ basiert. Sie verdient infolgedessen auch in den Kreisen des arbeitenden Volkes die allergrößte Würdigung.

In Frage kommt als Versicherung mit den allergünstigsten Tarifen und Bedingungen die schon erwähnte, von den Gewerkschaften und Genossenschaften im Jahre 1913 gegründete und von ihnen verwaltete

Volksfürsorge in Hamburg 5.

Berliner Brief.

II.

Nach meinen Darlegungen im ersten Artikel sollen nun noch einige weitere Angaben folgen, damit die Gesamtkollegenchaft sich ein treffendes Bild von dem sogenannten Revolutionär, dem Steinmetz Holzfaller in Berlin machen kann. Ein bereits vor dem Kriege lichter Streifbruch und ein Betrug der Organisation beim Bezuge von Krankenunterstützung soll uns nicht weiter interessieren. Ich werde mich mehr an die Ereignisse nach dem Kriege halten! Wer des öfteren die schönen Neben von S. in den Versammlungen anhört, worin dem Unternehmertum so oft Krieg bis aufs Messer angesetzt wurde, der wird sich wundern, zu hören, daß S. sich viel Mühe gab, die Geschäftsführerstelle bei der Firma S. zu erlangen. Trotzdem er damit kein Glück hatte, stellte er sich der Firma auch Sonntags zur Verfügung, wahrscheinlich um den Profit der Firma zu schmälern? Dafür bleibt er auch, wenn die Arbeiterschaft gegen das Betriebsrätegesetz einhellig demonstriert, ruhig bei seiner Arbeit stehen, da er angeblich der KPD. angehört. — Weil man also selbst kein Opfer bringen will, kann man nachher desto mehr über das Betriebsrätegesetz schimpfen. — Auch ein Vorteil!

Nun kommt eine Glanzleistung von Schmutzigkeit. S. wird arbeitslos. Grund seiner phrasenhaften Neben wird er von den Kollegen zum Arbeitslosenrat gewählt. Als solcher soll er den Arbeitsvermittler bei seiner Tätigkeit kontrollieren. Was macht er? Um schneller in Arbeit zu kommen, fällt er durch eine Madierung die Reihenfolge auf der Vermittlungsliste und setzt seinen Namen an 27 Stellen weiter vor, also über die Namen von 27 Kollegen hinweg, von denen einzelne 4 bis 5 Kinder haben und teilweise bereits wochenlang mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten, während er fast dauernd in Arbeit stand, seine Frau dauernd in Arbeit stand und sein einziger erwachsener Sohn Beschäftigung hatte. Auf einer Seite durch radikale Neben den Arbeitslosen vortäuschend, als wenn man ihre Interessen vertritt, um auf der andern Seite durch eine ganz infame Handlung die

eigenen Kollegen zu betrügen, was ihm leider auch gelang. Ob also ein armes Luder mit seiner Familie dadurch noch ein paar Wochen länger hungert, ist ihm gleich, die Hauptsache bleibt, daß seine eigene Familie wieder vollzählig in Arbeit steht. Gütlich kollegialisch! Doch weiter! Wie oft haben unsere Kollegen aus dem Munde S. die Forderung des Generalstreiks gehört? Als seine Partei, mittlerweile wieder die KPD., wegen Mitteldeutschland zum Generalstreik aufrief, da fiel es ihm selbst nicht ein, seine eigene Frau daran teilnehmen zu lassen. Verdienst ist eben besser als Streik!

Mittlerweile wurde S. kommunistischer Stadtverordneter. Nun hieß es aber, schnell alle ehrenamtlichen Posten innerhalb der Gewerkschaft abgeben, da man mit Arbeit überlastet ist. Als er dann aber einige Zeit später für den besoldeten Posten des Vorsitzenden kandidierte, da ist er bereit, diesen anzunehmen und eventuell den Stadtverordneten in die Gele zu stellen. Wahrscheinlich nur darum, um zu zeigen, daß besoldete Bonzen überflüssig sind! Am aber der Arbeiterschaft ein Beispiel kommunistischer Selbstlosigkeit zu geben, geht S. und sein Sohn in Gemeinschaft mit einem anderen Kollegen — trotzdem sie alle in Arbeit stehen —, Sonntags zu einem anderen Unternehmer und helfen dem aus der Verlegenheit, indem sie ihn auf die Beine stellen, nicht etwa um mehr Geld zu verdienen, sondern einzig um dem Rufe: „Nur Arbeit kann uns retten!“, Rechnung zu tragen. So ließen sich noch viele Beispiele anführen, wie er sich einen Entlassungsschein selbst ausstellte, um eventuell in die Genossenschaft eingestellt zu werden, wie er diese erst beantwortete und nun, nachdem er nicht reinrutschen konnte, diese aufs schärfste bekämpft usw. Doch das würde zu weit führen und will ich daher mit dem bisherigen schließen. — Als nun in der kombinierten Versammlung die Person S. in das rechte Licht gerückt wurde, da hielt sich eine Reihe von Kollegen verpflichtet, durch Ablaufen die Charakterisierung des Betreffenden zu verhindern, eventuell durch Androhung von Gewalt meine Ausführungen zu unterbinden. Traurig, wer nicht den Mut hat, seinen Göken im hellen Tageslicht zu betrachten! Am aber jeden Anschein einer Vergewaltigung zu vermeiden, zog ich auf Zureden einzelner Freunde Holzfallers meinen Ausschlußantrag zugunsten des Antrages Burde zurück, der die ganze Angelegenheit nochmals durch eine von je 4 Kollegen der drei Parteien verstärkte Vorstandsprüfung unteruchen lassen wollte. Was war nun das Resultat? Als die Kommission zusammentrat, hatte die kommunistische Fraktion bereits am Abend vorher eine Sitzung abgehalten und sich durch Beschlüsse schon vor Eintritt in die Untersuchung festgelegt. Als dann die dieser Fraktion angehörenden Kommissions- und Vorstandsmitglieder mit ihrem Antrage, nur die letzten Verhörungen S. zu behandeln, alle weiter zurückliegenden Sünden S. aber nicht mehr zu erwähen, nicht durchfamen, verliehen diese Kollegen gemeinsam die Sitzung und machten den Versammlungsbeschluss einfach unausführbar, weil zugleich der Angeklagte S. mit ihnen den Raum verließ.

Warum macht man aus einer rein gewerkschaftlichen Angelegenheit nun plötzlich eine Parteisache? Warum geirrt man sich nicht zu den Sünden des S. Stellung zu nehmen? Warum konnte die rote Fahne von unserer Versammlung einen Bericht bringen, der die Wahrheit einfach auf den Kopf stellt und warum wird eine von uns eingeschickte Verichtigung einfach nicht aufgenommen? Handelt man da auf Anweisung von höherer Stelle? Will man nachher gern wieder von einer Kommunistenheke faheln? Es scheint so! Unverständlich ist uns nur das Verhalten der Kollegen, die sich zu den ehrlichen Kommunisten rechnen wollen. Mit Ehrlichkeit haben diese Urmpereien nun wirklich nichts mehr zu tun! Wenn man aber seinen reinen Mittel zum Bedenken eines Schmutzhaufens hergibt, muß man damit rechnen, daß der reine Mittel auch schmutzig wird. Disziplin ist eine schöne Eigenschaft, so lange sie nicht in Kadavergehorsam ausartet. Nur freidenkende Menschen werden sich selbst frei machen können, niemals wird aber uns Fanatismus bessere Verhältnisse bringen!

Will aber ein Teil der Kollegen mit allen Mitteln verhindern, daß ein Schmutzhauf fertig wird, dann müssen sich die Betreffenden auch damit abfinden, wenn sich alle reinheitsliebenden Kollegen zusammenschließen und ihren Willen zur Geltung bringen. Und daher fordere ich hiermit alle organisationsstreuen Kollegen auf, in der kommenden kombinierten Versammlung unbedingt zu erscheinen und klipp und klar ihre Ansicht zu der Person Holzfallers bei der Abstimmung kundzugeben.

Laßt Euch nicht wie in der letzten Versammlung und schon so oft durch schöne Neben von dem Kern der Sache abbringen, sondern urteilt nach den vorliegenden Beweisen. Wenn S. selbst ein Interesse hatte, seine Angelegenheit zu klären, warum verließ er mit seinen kommunistischen Freunden die Sitzung und stand nicht Rede und Antwort? Weil die angeführten Tatsachen eben nicht zu leugnen sind! Und wenn wieder versucht wird, damit zu freiben, daß die Sachen zum Teil schon einige Zeit zurückliegen, dann Kollegen, denkt an die rote Fahne, die sich auch verpflücht fühlt, weit zurückliegende angebliche Vergehen einzelner Genossen hervorzu ziehen, wie z. B. bei dem Gen. Henke, Gen. Stampfer und vor allem mit dem Material gegen die Sozialrevolutionäre in Moskau. Und was einem recht ist, ist uns sicher auch billig, besonders wenn es sich darum dreht, die Steinarbeiter Berlins von einem Schädling zu befreien!

Also, Kollegen, wenn Euch an dem Weiterbestehen unserer Zahlstelle etwas gelegen ist, dann erscheint in der kombinierten Versammlung!

Postdienst auf dem Bahnhof.

Ueber Verzögerung in der Zustellung von Postsendungen haben unsere Kollegen sich schon oft beklagt, besonders wird über die Zustellung der Zeitung geklagt. Die Versandstelle ist oft ganz zerstreut, sie weiß, daß alles bei ihr wie am Schnürchen klappt; die Heberweisung an die Post ist regelmäßig und pünktlich erfolgt und doch treffen nicht selten die Sendungen in den Zahlstellen recht verspätet oder gar nicht ein. Damit nun die Kollegen auch die Schwierigkeiten beachten, bringen wir aus dem „Lustigen Salzer-Buch“ eine launige Geschichte im Reim von Heinrich Schaeffer. (Altes und Neues, aus den Akten der Gem. Gabelbach):

- Der Postbote Sabelbein läßt für Berlin Pakete ein.
- Dem Hilfspostmeister Livius, hier zuschau'n, wie Sabelbein läßt für Berlin Pakete ein.
- Da kommt von links her Siefelband, ein neugeback'ner Praktikant.
- Er prüft, ob auch der Livius Nachschub — so wie er soll und muß — Ob Hilfspostbote Sabelbein läßt wirklich die Pakete ein.
- Schon nähert sich von Süden her Des Postkammer Obersekretär.
- Er prüft, ob auch der Praktikant Tatsächlich nachprüf'nt unerwandt, Ob Hilfspostbote Livius Nachschub — so wie er soll und muß — Ob Hilfspostbote Sabelbein läßt sämtliche Pakete ein.
- Zuletzt tritt aus dem Bahnhofstor Der Postdirektor selbst hervor.
- Er forscht und lauscht von ungenäher,
- Ob auch der Obersekretär Sich überzeugt, daß Siefelband Nachprüf'nt, getreu und unerwandt, Ob Hilfspostmeister Livius Nachschub — so wie er soll und muß — Ob Hilfspostbote Sabelbein läßt wirklich die Pakete ein.
- Die Glocke läut, dort fährt der Zug.
- Doch leider gab's nicht Zeit genug, Daß Posthilfsbote Sabelbein Und sämtliche Pakete ein.
- Die halbe Ladung blieb zurück! O Mäggelch, o Schicksalstreck!
- Der Postdirektor lobefam Entteilt viel schneller als er kam, Der treue Obersekretär Klabafter spreitfreisch hinterher, Indes der junge Praktikant Im Wartesaal 1 verschwand.
- Und Livius trank ohne Jörn In IV. Klasse einen „Sörn“.
- Auf dem Perron steht ganz allein Der Posthilfsbote Sabelbein Und spricht: So geht es allemal, Weil Mangel ist am Personal!

Vom deutschen Marmor.

Von H. v. Oppen.

Wir wandern von Regensburg aus das Tal der Naab hinauf und stoßen dabei auf das romantische Fichtelgebirge, das mit dem Thüringer Wald zusammen ausgedehnte Marmorvorkommen aufweist. Die Marmore dieses Gebietes entstammen dem Devon und Silur, also einem weit zurückliegenden geologischen Zeitabschnitte. Auch sie entfalten eine herrliche Farbenpracht. Während bei Marggrün rötliche Farben mit weißen und grünen Flammen vorwiegen, und die in der Umgegend von Hof gewonnenen Marmore ein schönes Dunkelgrau bis Tiefschwarz mit schneeweißen Adern aufweisen, haben jene bei Saalburg a. d. Saale einen violetten, roten und dunkelgrünen Farbengrundton. Alle diese Marmorarten eignen sich vorzüglich zu Wandbekleidungen, Tischauflagen, sowie zu jeder Art kunstgewerblicher Gegenstände.

Wer ein wenig Raum die größte Probenzahl: erstaltet zu sehen wünscht, der muß das Nahthal und die Orte Weilsburg und Balduinstein aufsuchen. Sie sind die Heimat des rötlich- bis blutroten „Brunnildenstein“. Dieser Marmor erhält sein Feuer durch eine gelbliche und weiße, flammenartige Zeichnung. Viele Schlösser und Bauten werden von diesem herrlichen Marmor geschmückt; denken wir nur an die Schlösser Hohkönigsburg und Homburg, an den Kurpaal zu Wiesbaden und an das Dresdner Schauspielhaus!

Im Anschluß hieran müssen wir noch eines der größten Marmorvorkommen Mitteldeutschlands gedenken, das in Westfalen die Kreuze Olpe, Weischede und Brilon umfaßt. Die westfälischen Brüche liefern u. a. einen sehr wertvollen dunkelgrauen Marmor, der von herrlichen goldgelben Adern durchzogen und daher als „Goldadermarmor“ bezeichnet wird. Seine Verwendungsmöglichkeit ist fast unbegrenzt. Rann man alle die bisher aufgeführten Marmorfundstellen in einen ungefähren räumlichen Zusammenhang bringen, so nicht den schlesischen Marmor, der bei dem Orte Groß-Kunzendorf im Kreise Neiße in mehreren Brüchen gewonnen wird. Dieses Vorkommen ist das geologisch älteste Deutschlands. Der schlesische Edelmarmor gehört den kristallinen Uralken an. Er zeichnet sich vornehmlich durch seine Geschlossenheit und große Wetterbeständigkeit aus. Schöne helle Farbentönungen, besonders Weiß und Weisrölllich, herrschen vor; aber auch blau und violett gezeichnete Schichten sind häufig. Eine rege Industrie hat sich hier entwickelt, die vor allem Denkmäler, Grabsteine, Bildhauer-, Möbel- und Bauarbeiten, sowie Schalltafeln verarbeitet. Die Sarkophage des Großen Kur-

fürsten Friedrichs I., mit ihren außergewöhnlichen Abmessungen (Länge 2,85 Meter, Breite 1,66 Meter, Höhe 1,15 Meter) konnten aus einem Stück hergestellt werden. Auch bei dem erst kürzlich im Antiken Tempel zu Sanssouci aufgestellten Sarkophag der früheren Kaiserin wurde schlesischer Marmor verwendet.

Zwei Welten.

Die Tarifkommission der Berliner Steinarbeiter war infolge einer Lohnforderung im August zur Verhandlung mit den Unternehmern nach einem gut bürgerlichen Restaurant an der Rannowbrücke geladen. In dessen Garten — das betreffende Restaurant liegt an der Spree — sah gutsituiertes Bürgertum beider Geschlechter, das hier mit wohlgefüllter Brieftasche bei den Klängen eines Streichorchester's sich ausruhte. Ein einsehender Plakregen verschleuderte jedoch Gäste und Musik und trieb sie in die geschützten Säle.

Unser Verhandlungsraum lag hinter den nunmehr vollbesetzten Sälen. Gegen 7 Uhr abends begannen die Verhandlungen mit einem Angebot der Unternehmer von 4 M. pro Stunde (gefordert waren 12 M.). Infolge heftigen Protestes unsererseits wollten die Herren nochmals unter sich beraten und wir mußten auf 1/4 Stunde hinaus. Im Gästehaus (zirka 18 Kollegen), zwischen den Tischen des vollbesetzten Raumes hindurch und nach 1/4 Stunde denselben Weg zurück. Neues Resultat 5.—, also 1 Mark mehr. Da wir den Herren unsere Anerkennung auch jetzt noch nicht bezugehen, ließen sie uns die Kolonaise nochmals antreten. Erstaunte Blicke der Gäste begegneten uns; als wollten sie fragen, was tanzt ihr Proleten denn hier aller 1/4 Stunde zwischen den Tischen herum? Gerade begann die Table d'hôte. allerlei liebliche und appetitliche Speisengerüche erfüllten den Raum und unsere Geruchsorgane. Ich bekam Appetit, warf einen Blick auf die Speisekarte und stellte Erwägungen an zwischen Appetit und Briefstückeninhalt, um eventuell zu bestellen, als die Unternehmer uns rufen ließen und uns als endgültige Entscheidung ihren letzten Notgroßchen in Gestalt von noch einer Mark opferten. Alles in allem also 6 M. pro Stunde oder 27 M. pro Woche. Ich sah nach der Uhr; es war 1/11 Uhr. Netto 3 1/2 Stunden hatten wir den Herren wegen der 6 Mark Kopfgeldbesuchen bezichtigt. Jetzt fiel mir die Speisekarte wieder ein. Was hatte ich doch da gelesen? Nichtig! „Kottellette mit jungem Gemüse 90 Mark“. Mit einer Bestellung auf spätere Begehung war meine Mitgebrachte Margarinebolzen und stellte folgenden Vergleich an:

G. Obich.

Aus den Zahlstellen.

Naumburg. In Anwesenheit des Kollegen Schlegel aus Halle, unseres fünftägigen Gauleiters, fand am 10. August eine Mitgliederversammlung statt. Die Versammlung sollte sich nochmals mit dem Kollegen Bley und dessen Handlungsweise beschäftigen. Die Kollegen der Zahlstelle haben das Affidavitsystem bestritten, alle Arbeiten werden im Stundenlohn ausgeführt. Pflicht jedes einzelnen Kollegen ist es nun, ein wachsameres Auge zu haben, damit Umgehungen von den Unternehmern oder von den Kollegen sofort der Zahlstellenverwaltung gemeldet werden. Nicht so ernst mit seiner Pflicht als Gewerkschafter nahm es Kollege Bley, obwohl er politisch gern den Leber-Hadefalen mimt. Während unseres im Mai stattgefundenen Streiks übernahm er von der Firma Horn verschiedene Arbeiten und führte diese im Affidavit aus, obwohl ihm bewußt war, das sämtliche Firmen, außer Horn, nach kurzem Streit mit uns sich einigten und den Tarif unterzeichneten. Die Kollegen haben sich hierauf in mehreren Versammlungen mit dieser Angelegenheit beschäftigt und war der Antrag gestellt, Bley aus dem Verbande auszuschließen. Mit diesem Antrag sollte sich die Versammlung nun endgültig beschäftigen. Bley führte in seiner Verteidigungsrede aus, daß er sich eines Vorposten gegen die Interessen des Verbandes und der Naumburger Kollegen nicht bewußt sei. Nach längerem Auseinandergehen nahm der Kollege Schlegel das Wort und er sagte dem Kollegen Bley verschiedene öftere Wahrheiten, indem er ausführte, daß derartige Vorposten wohl von gewerkschaftlich wie politisch unerfahrenen Kollegen noch begreiflich erscheinen, aber für einen Kollegen wie Bley, der langjährig in der Gewerkschaft tätig sei und politisch einer Partei angehöre, die immer angibt, die alleinigen Vertreterin der proletarischen Interessen zu sein, die sich ferner nicht genug tun könne in der Herabwürdigung der Gewerkschaften und ihrer Vertreter usw., für derartige Vorposten könne es eine Entschuldigung nicht geben. Hiermit angenommen werden, daß der Kollege nach dem Grundsatze gehandelt habe „Beschlüsse werden gefaßt, damit ich aber nicht gelagt, daß sie auch gehalten werden!“ Um aber Bley die Möglichkeit zu geben, seine Verteidigung als Kollege wieder gut zu machen, schlug Schlegel der Versammlung vor, die Angelegenheit in folgender Weise zu erledigen. Bley hat eine Erklärung abzugeben und eine Buße in die Lokalkasse zu zahlen und ferner soll über die Angelegenheit im Steinarbeiter berichtet werden. Wenn Bley der Versammlung in dieser Weise Genugtuung gibt, soll der Antrag auf Ausschluß beim Zentralvorstand nicht gestellt werden. Nach längerer Aussprache stimmte die Versammlung dem Vorschlage des Gauleiters zu, jedoch soll von einer Buße in die Lokalkasse Abstand genommen werden. Von Bley wurde bemerkt: Ich erkläre, daß ich gegen die Interessen des Zentralverbandes verstoßen habe, indem ich mich dazu verleiten ließ, einige Sodalitäten im Affidavit anzufertigen. Ich verpflichte mich, künftig die Versammlungsbeschlüsse der Zahlstelle nach und nach zu respektieren. Die Versammlung nahm die Erklärung zur Kenntnis und betrachtete damit die Angelegenheit als erledigt!

Mannmannsleben. Am 20. August fand unsere Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht von der Konferenz und Unterhandlung in Passau. 2. Stellungnahme zur Anstellung eines Bezirksleiters für den Bahrischen Wald. 3. Die Feuerungsbewegung. Zu Punkt 1 erstattete Kollege Schneider Bericht. Von der Versammlung wurde es begrüßt, daß endlich einmal der Bahrische Wald mit dem Fichtelgebirge gleichgestellt wurde, die Gründe für eine weitere Zurücksetzung konnten die Herren Unternehmer doch nicht mehr aufrecht erhalten. Ueber die Anstellung eines Bezirksleiters entspann sich eine rege Aussprache. Von verschiedenen Kollegen wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, denn in Agitation und Aufklärung gibt es noch eine Unmenge zu tun, der Gauleiter ist mit den Feuerungsbedingungen vollumfänglich beschäftigt, und kann sich um andere Dinge kaum mehr kümmern. Die hauptsächlichsten Punkte, die für eine Anstellung in Frage kommen, wie finanzielle Leistungen der Kollegen, Sitz der Bezirksleitung und ob Wohnung vorhanden, wurden eingehend erörtert. In der folgenden Abstimmung stimmten 44 Kollegen für die Anstellung eines Bezirksleiters, dagegen 7. Zu Punkt 3 gab Kollege Schneider die eingereichte Forderung bekannt. Die Versammlung erachtet die Forderung von 500 und 1000 Prozent als beziehbar im Verhältnis zu dem immer mehr ansteigenden Feuerung. Das Märchen von den niedrigen Lebensmittelpreisen im Bahrischen Wald hat seine Zugkraft längst verloren. Des weiteren wurde beantragt, es mögen in kürzester Zeit Unterhandlungen eingeleitet werden, um die derzeitigen Grundlöhne für Pflastersteine zu erhöhen.

Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.

(31. August.)

(W. B. B.) Dem deutschen Volke ergeht es jetzt ähnlich wie es vor dem den Russen und Oesterreichern ergangen ist. Es kämpft mit der letzten Anspannung aller Kräfte gegen ein furchtbares Geschick. Die Entwertung der Mark und dementsprechend die Preissteigerungen an den Warenmärkten schreiten so rasch vorwärts, daß es ganz unmöglich ist, die Einkommensverhältnisse auch nur annähernd den Kosten der Lebenshaltung mit der erforderlichen Schnelligkeit anzupassen. Die natürliche Folge ist ein dauerndes Hinabgleiten der gesamten Bevölkerung in Elend und Not. Wir stehen allzusehr in den Ereignissen, um alle Gefahren, die uns umgeben, richtig übersehen zu können. Der Blick für die Zusammenhänge geht allmählich verloren, die Nerven stumpfen ab und weite Schichten des Volkes drohen in jene lethargie zu verfallen, die charakteristisch ist für die seelische Verfassung des größten Teiles der Bevölkerung in Rußland und Oesterreich. Der einzelne fühlt sich machtlos und von aller Welt verlassen. Die Gefahr folgenreicher Verzweiflungstaten ist gegeben. Man sucht in diesem Strudel des wirtschaftlichen Verfalls und der Verelendung nach festen Punkten. Noch nie haben die breiten Volksschichten den Wert der Gewerkschaften, Konsumvereine und sonstigen Organisationen so empfunden wie in dieser kritischen Zeit. Nur im Zusammenschluß liegt die Rettung! Im Auslande, wo man bisher im Vertrauen auf die deutsche Schaffenskraft die Papiermark noch verhältnismäßig hoch bewertete und sich sogar für eine Beteiligung an deutschen Industrieunternehmen zu interessieren begann, macht sich in bezug auf die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands mehr und mehr ein erschreckender Pessimismus bemerkbar. In diesem Zusammenhänge ist vielleicht das Urteil eines neutralen Beobachters von besonderem Interesse. Der bekannte Nationalökonom Professor Gustav Cassel (Stockholm), der anlässlich der Herbstmesse und der gleichzeitig stattfindenden Wirtschaftskonferenz in Leipzig weilte, äußerte sich hierzu etwa in folgender Weise: „Die ausländischen Marktzuthaben, ganz abgesehen von den Reparationsansprüchen, haben bereits eine solche Höhe erreicht, daß es Deutschland nie und nimmer möglich sein wird, die im Auslande herum schwimmenden Marknoten usw. jemals auf dem Wege des Warenexports wieder an sich zu ziehen. Hierin kommt bereits deutlich der vollkommene Bankrott der deutschen Volkswirtschaft, nicht nur der Staatsfinanzen, zum Ausdruck.“ Cassel sieht die Ursache des Marksturzes hauptsächlich in der zunehmenden Erkenntnis gewisser Auslandskreise von der überaus ungünstigen Lage Deutschlands. Er ist auf Grund seiner eigenen Beobachtung zu der Ansicht gekommen, daß das Vertrauen des Auslandes zu einem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft immer mehr schwindet und daß das Marktangebot an den internationalen Börsen vorläufig noch weiter steigen wird, mögen die politischen Entscheidungen fallen, wie sie wollen. Ueber die Steuerpolitik Deutschlands äußert sich Cassel dahin, daß die direkten Steuern bereits jedes erträgliche Maß überschritten haben und daß eine Verschärfung der indirekten Steuern keinesfalls mehr denkbar sei, da Deutschland die allerhöchste indirekte Steuer, nämlich die Inflation, zu tragen habe. Dieses fauge die deutsche Wirtschaft mehr und mehr aus. Diese Ausführungen eines neutralen Volkswirtschaftlers, der in der Nachrichtenzeit wiederholt auf internationalen Finanzkonferenzen als Sachverständiger fungierte, bilden eine wertvolle Ergänzung und Bestätigung der Erklärungen der deutschen Regierung zur Reparationsfrage.

von der Leipziger Herbstmesse. Ueberraschend schnell ist die Furcht, daß der sinkende Markkurs der Schrittmacher des deutschen Warenexports sein könne, durch die tatsächliche Entwicklung am Devisen- und Warenmarkt ad absurdum geführt worden. Die jüngsten heftigen Schwankungen der Devisenkurse haben in das gewöhnliche Leben eine Unsicherheit und Beunruhigung hineingetragen, die auf der Leipziger Herbstmesse, wo Fabrikanten, Großhändler und Detailisten aller Branchen diesmal wieder in einer Gesamtzahl von etwa 100 000 zusammengetroffen sind, mit erschreckender Deutlichkeit zum Ausdruck kommt. Unter jeglichen Verhältnissen ist ein Geschäftsabschluß, der in einigen Monaten erst zur Ausführung kommen kann, gleichbedeutend mit einer Valutaspekulation schlimmster Art. Die Gefahren sind natürlich nicht in allen Branchen gleich groß. Sie erhöhen sich in dem Maße wie die betreffende Industrie auf die Verarbeitung ausländischer Rohstoffe angewiesen ist. Unter diesen Umständen erscheint es vom privatwirtschaftlichen Gesichtspunkte aus sehr wohl begreiflich, daß die Fabrikanten bestrebt sind, das Valutarisiko auf den Großhandel abzuwälzen und daß dieser wiederum mit dem Kleinhandel Bedingungen zu vereinbaren sucht, bei denen er selbst gegen alle Verlustgefahren gedeckt ist. Wie die Devisenkurse der letzten Tage zeigen, sind die Schwankungen nach unten ebenso häufig und groß wie nach oben. Der inländische Kleinhandel ist deshalb nicht entfernt in der Lage, das ganze Risiko der Devisenschwankungen zu tragen, zumal seine Kundschaft keinesfalls gewillt sein wird, die Preise zu zahlen, die sich auf der Basis ausländischer Devaluten ausbauen. Hierfür fehlt dem Inlandsmarkt jede Tragfähigkeit. Die Industrie, die heute schon auf der Messe etwa 50 bis 75 Prozent ihrer Erzeugnisse an das Ausland verkauft und dabei sehr wohl in der Lage ist, durch Fakturierung in der Währung des Käuferlandes den größten Teil des Risikos auszuschießen, wird sich wohl oder übel dazu verstehen müssen, den inländischen Verbrauchern KonzeSSIONen zu machen. Der Inlandsmarkt ist nun doch einmal die Hauptstütze der Industrie, mag auch vorübergehend eine Valutakonjunktur diese Tatsache etwas verdecken. Auf der diesjährigen Leipziger Herbstmesse sind die verschiedenen Interessentengruppen in der Frage des Valutarisikos hart auseinander geraten, die inländischen Einkäufer veranstalten Protestversammlungen und sträuben sich energisch gegen die von manchen Fabrikanten angestrebte Fakturierung in Dollar, Gulden, Franken oder Goldmark. Die Frage wird sich wohl schließlich anders als durch Vereinbarungen zwischen den einzelnen Verbänden lösen lassen. Einfichtsbollere Firmen haben bereits Mittel und Wege gefunden, um auch den Bedürfnissen ihrer Inlandskundschaft einigermaßen gerecht zu werden. Man vereinbart hier die Preise in Papiermark und setzt gewisse prozentuale Zuschläge fest, die je nach den Steigerungen der Arbeitslöhne und Rohstoffpreise erhoben werden sollen, in ähnlicher Weise wird man vielleicht auch in den Verbänden zu einer für beide Teile befriedigenden Lösung kommen.

An den ersten Tagen der Messe beherrschten die Diskussionen über die vorstehend erörterten Probleme das Feld, Aussteller wie Einkäufer verhielten sich zunächst reserviert und zeigten wenig Neigung zu festen Abschlüssen, es kommt hinzu, daß die Mehrzahl der Messebesucher die Entscheidung der Reparationskommission und die entsprechende Bewegung der Devisen abzuwarten suchte. Die ausländischen Einkäufer fanden sehr lebhaftes Interesse und erteilten reichlich Aufträge. Viele Firmen sind allerdings bis zum Ende des laufenden Jahres ausverkauft und deshalb gar nicht geneigt, große Abschlüsse zu tätigen. Im Inlande wird zweifellos nach der Leipziger Herbstmesse in sehr vielen gewerblichen Erzeugnissen eine sprunghafte Steigerungsweise eintreten, da die meisten Detailisten erst in Leipzig gesehen haben, wie groß die Unterschiede zwischen den bisherigen Ladenpreisen und den neuen Großhandelspreisen sind.

Die Bilanz der Leipziger Messe. Es stellt sich immer deutlicher heraus, daß infolge der politischen Hochspannung und der heftigen Schwankungen des Marktkurses das Inlandsgeschäft auf der Leipziger Messe — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — ein vollkommenes Fiasko war und daß auch die Abschlüsse mit dem Ausland bei den meisten Firmen, sowohl hinsichtlich ihres Umfangs wie auch der erzielten Preise, eine Verschlechterung deutlich erkennen lassen. Wer Lagerbestände zu verkaufen hatte, ist sie an In- und Ausländer zu relativ hohen Preisen ohne Schwierigkeiten los geworden. Für die Fabrikation gestaltete sich jedoch das Inlandsgeschäft sehr schwierig. Die Einkäufer der großen Waren- und Kaufhäuser, sowie viele Tausende selbständiger Detailisten haben in Anbetracht der überraschend hohen Preise von Abschlüssen möglichst abgesehen, aber die Gelegenheit benützt, sich einen Ueberblick über die Preislage zu verschaffen. Am Sonntag (27. August) und Montag (28. August) gingen von Leipzig aus Tausende von Telegrammen und telephonischen Anweisungen nach den Provinzplätzen mit der Weisung, an die in Betracht kommenden Detailgeschäfte, den Verkauf bis zum Eintreffen weiterer Anordnungen zu stoppen oder sofort die Auszeichnungen der Waren in den Läden mit den in Leipzig geforderten Großhandelspreisen durch 100- bis 300prozentige Zuschläge in Einklang zu bringen. Seitens der Detailisten wurde diesmal ein Uebelstand viel erörtert, der in der vergangenen Periode der Valutakonjunktur verhältnismäßig wenig beachtet wurde. Es handelt sich um das Emporwachsen unendlich vieler Handelsfirmen, die durch ihr Dazwischentreten den Weg der Ware vom Produzenten zum Konsumenten ganz unnötig verlängern und durch ihre hohen Zwischengehinnome natürlich sehr wesentlich zur Verteuerung der gewerblichen Erzeugnisse im Inland beitragen. Kommt es am deutschen Warenmarkt in den nächsten Wochen und Monaten zu Absatzstopps, so werden diese Art Firmen in erster Linie in Bedrängnis kommen und von der Krise fast automatisch ausgeschieden und hinweggefegt werden, zumal es sich in den meisten Fällen um Gründungen auf verhältnismäßig geringer Kapitalbasis handelt. Die gefunden Weisungen, die unserer Volkswirtschaft vorläufig trotz allem noch innewohnen, werden hoffentlich dazu beitragen, diesen Reinigungsprozess zu beschleunigen. Hinsichtlich der Fakturierung der Inlandsaufträge ist man auf der Messe wohl in keiner Branche zu einer einheitlichen Lösung gekommen. Am größten ist die Verwirrung in der Textilindustrie, der Schuhbranche und bei den verschiedensten kleinen Artikeln des täglichen Bedarfs. Hier wird sich erst in den nächsten Wochen manches klären. Inzwischen hielten aber alle Beteiligten mit Abschlüssen zurück. In Leipzig hat bereits am Montag und Dienstag die Abreise der inländischen Einkäufer in einem sonst an diesen Tagen nie gekannten Umfange eingeleitet und am Mittwoch hatte sich der größte Teil des Schwarms bereits verlaufen. Im Verkehr mit den Ausländern wurden hier und da noch ganz befriedigende Resultate erzielt. In verschiedenen Branchen wiesen aber die fremden Interessenten, vor allem die Holländer, Skandinavier und die Einkäufer aus den englischen Kolonien immer wieder darauf hin, daß die gleichen Waren in gleicher Güte von den englischen Fabrikanten wesentlich billiger angeboten würden. Es sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die deutsche Industrie von der eigenartigen Vorzugsstellung der Leipziger Herbstmesse und von der Tatsache, daß die Ausländer in Deutschland trotz allem verhältnismäßig billig reisen und geringe Unkosten haben, noch immer große Vorteile hat.

Rundschau.

Die sozialdemokratische Partei hat in den letzten Wochen zwei der Arbeiterschaft recht bekannte alte Kämpfer durch den Tod eingebüßt: Karl Pinkau, Reichstagsabgeordneter vom Leipziger Wahlkreis, starb 63 Jahre alt am 26. August. Heinrich Dieß gehörte dem Reichstag an von 1861 bis 1918, war Vertreter des 2. Hamburger Wahlkreises, starb am 28. August 79 Jahre alt. Was diese beiden Alten für die sozialistische Arbeiterbewegung geleistet haben, kann nicht an dieser Stelle genügend gewürdigt werden. Die große Mehrzahl der organisierten Arbeiterschaft wird, dessen sind wir sicher, beiden ein gutes Andenken bewahren.

Für den Zentralverband der Steinarbeiter hat der Tod des Reichstagsabgeordneten Karl Pinkau noch eine besondere Bedeutung, weil als dessen Nachfolger der Schriftleiter des Steinarbeiters Herrn Siebold in den Reichstagsberufen ist. Unser Kollege stand auf der Kandidatenliste des Leipziger Wahlkreises an dritter Stelle. An zweiter Stelle stand der frühere Arbeitersekretär von Leipzig, August Lüttich, jetziger Direktor im Arbeitsamt (Dresden); L. hat das Mandat abgelehnt, da er von

seinem Arbeitsgebiet nicht automaten kann. — Die Steinarbeiter, soweit sie sozialistisch orientiert sind, werden es sicherlich begrüßen, wenn ein Kollege von ihnen in den Reichstag einzieht. In der Schriftleitung tritt damit natürlich keine Veränderung ein, sondern S. übt die Tätigkeit weiter aus. Die Verbandsinstanzen wünschen, jedenfalls im Einvernehmen der größten Zahl unserer Verbandsmitglieder, dem Kollegen Siebold viel Erfolg in der verantwortungsvollen und arbeitsreichen Funktion eines Reichstagsabgeordneten.

Gewerkschaftliches. Zunahme der deutschen Gewerkschaften. Die deutschen Gewerkschaften haben im zweiten Vierteljahr dieses Jahres in erfreulicher Weise an Mitgliedern zugenommen. Am Schlusse des ersten Vierteljahres hatten sie im ganzen 7 864 079 Mitglieder (davon 1 646 338 weibliche). Diese Zahlen stiegen, wie aus der regelmäßigen vierteljährlichen Zusammenstellung der Statistischen Abteilung des ADGB hervorgeht (Korrespondenzblatt Nr. 34), im 2. Vierteljahr auf 7 979 238 (1 694 598). Die höchste Mitgliederzahl hatte die deutschen Gewerkschaften am Ende des zweiten Vierteljahres 1920, nämlich 8 144 981 (1 789 711). Damals war aber noch der im Laufe des vorigen Jahres aus dem ADGB ausgegliederte Zentralverband der Angestellten mit 402 748 (186 745) Mitgliedern dabei. Zieht man dies in Betracht, so kommt man zu dem Schlusse, daß die Mitgliederzahl vom zweiten Vierteljahr 1922 die höchste ist, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund je erreicht hat.

Von den 49 Verbänden, die dem ADGB angegeschlossen sind, haben 9 nicht rechtzeitig berichtet. Unter diesen befinden sich auch größere Verbände, wie die der Bekleidungsarbeiter und der Landarbeiter. In die Zusammenstellung wurden dann die letzten bisher vorliegenden Zahlen gesetzt. An der Zunahme sind folgende 25 Verbände beteiligt: Bäcker und Konditoren, Bauarbeiter, Buchbinder, Chronisten und Balletpersonal, Dachdecker, Fabrikarbeiter, Feuerwehrmänner, Glasarbeiter, graphische Hilfsarbeiter, Holzarbeiter, Kupfer Schmiede, Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Lederarbeiter, Lithographen und Steinrunder, Maler, Poliere, Porzellanarbeiter, Schiffszimmerer, Schuhmacher, Schweizer, Steinarbeiter, Steinseger, Tabakarbeiter, Textilarbeiter, Zimmerer.

Besonders stark war die Zunahme bei den Textilarbeitern (von 679 840 auf 715 645, davon 475 389 weibliche) und bei den Bauarbeitern (von 489 185 auf 542 035).

Bei den übrigen 15 Verbänden trat eine Abnahme ein. Es sind folgende: Apfelpfleger, Bergarbeiter, Böttcher, Eisenbahnen, Fleischer, Friseurgehilfen, Gärtner, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Glaser, Maschinenisten und Heizer, Metallarbeiter, Musiker, Schornsteinseger, Lötter, Transportarbeiter.

Wie man sieht, sind sowohl an der Zunahme wie an der Abnahme Berufsverbände sowie Industrieverbände beteiligt. Auf die Organisationsform ist die Abnahme also nicht zurückzuführen, sondern auf die besonderen Verhältnisse in den betreffenden Berufen. Das wichtigste ist nun aber, für die Aufklärung der neu gewonnenen Gewerkschaftsmitglieder zu sorgen.

Die „Union“ nicht tariffähig. Durch die Mitbeteiligung der Union der Hand- und Kopfarbeiter bei verschiedenen Streikbewegungen in der Landwirtschaft suchte diese Organisation ihre Tariffähigkeit durchzusetzen. Dieser Versuch ist jedoch gescheitert. Der Schlichtungsausschuß in Halberstadt, sowie der von der unionistischen Streikleitung für den Kreis Gremau in Hannover angerufene Schlichtungsausschuß in Hildesheim haben der Union der Hand- und Kopfarbeiter den Charakter einer tariffähigen Gewerkschaft aberkannt.

In der dem Beschluß des Halberstädter Schlichtungsausschusses beigefügten Begründung wird ausgeführt: „Obgleich es bis heute eine allgemein anerkannte, scharf umgrenzte Auslegung des Begriffes der wirtschaftlichen Berufsvereine der Arbeitnehmer, d. h. also einer Gewerkschaft nicht gibt, haben sich doch im Laufe der Zeit feststimmte Grundzüge herausgebildet, nach denen der gewerkschaftliche Charakter einer Arbeitnehmerorganisation beurteilt werden muß.“ Die Union der Hand- und Kopfarbeiter entspricht diesen Grundzügen in wesentlichen Punkten nicht. In Paragraph 2 ihrer Satzungen ist gesagt, daß sie den Zusammenfluß aller Hand- und Kopfarbeiter ohne Unterscheidung des Berufes erstrebt. Diese Bestimmung steht in großem Gegensatz zu den Grundzügen aller Gewerkschaften, die in erster Linie — und zwar unter voller Berücksichtigung der beruflichen Eigenarten — die Lage der eigenen Berufsangehörigen zu bessern streben und weiterhin auf die Verbesserung der Lage der gesamten Arbeiterklasse hinwirken, soweit es sich um gemeinsame Interessen handelt. Die Union der Hand- und Kopfarbeiter geht den umgekehrten Weg und zweckt damit den Verdacht, daß sie sich nicht in erster Linie die Hebung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder zur Aufgabe gestellt hat, sondern einen andern Zweck verfolgt, der nicht wirtschaftlicher Natur sein kann.

Staatliche Beihilfen an Lehrlinge des Baugewerbes. Der Reichsarbeitsminister hat durch ein Rundschreiben an die Regierungen der Länder vom 15. Juli d. J. mitgeteilt, daß er aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge 1 Million Mark zur Förderung der Lehrlingshaltung im Baugewerbe zur Verfügung gestellt habe. Die Landesberufsämter, denen die Mittel zur Verfügung gestellt werden können, sollen davon ein Fünftel für Werkzeuge (zur Erlernung des Baugewerbes) und ein Fünftel für Sachleistungen an Lehrlinge des Baugewerbes verwenden.

Diese Sachleistungen sollen als ständige Beihilfen solchen Lehrlingen gewährt werden, deren finanzielle Notlage eine Unterstützung notwendig macht. Sie sollen in der Regel 1500 M. nicht übersteigen und sind durch das örtliche Berufsamt beim Landesberufsamt zu beantragen. Voraussetzung ist, daß ein ordnungsmäßiges Lehrverhältnis mit Lehrvertrag vorliegt.

Die Zahlung solcher Beihilfen an Lehrmeister soll in der Regel ausgeschlossen sein. Die Beihilfen können verwendet werden: zur Lieferung von Arbeitsgerät und als Beitrag zur Beschaffung von Arbeitskleidung, als Zuschüsse an die Eltern für die Kosten des Lebensunterhalts des Lehrlings, als Beiträge zu den Fahrtkosten von und zur Arbeitsstelle, als Beiträge für Unterbringung in Lehrlingsheimen.

Es ist notwendig, in Arbeiterkreisen Kenntnis von dieser Unterstützungsmöglichkeit zu verbreiten, damit nicht ohne zwingende Gründe Jugendliche in das große Heer der ungelerten Arbeiter gedrängt werden.

Wo muß sich die kaufmännische Jugend organisieren? In den Reihen der Arbeiterschaft besteht über die Angelegenheit Bewegung zum Teil noch große Unklarheit. So kann man heute noch feststellen, daß in dem Deutschen Handlungsgehilfenverband (D.H.V.), in dem Verband der weiblichen Angestellten (W.V.) und im Gewerkschaftsbund der Angestellten (G.V.) Töchter und Söhne organisiert sind, deren Eltern den freien Gewerkschaften angehören. Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, wie schädlich für die gesamte Arbeitnehmerenschaft die Organisation der Arbeiterkinder in den bürgerlichen Verbänden ist. Die bürgerlichen Harmonieverbände stehen im direkten Gegensatz zu unserer Auffassung, und wer es sich erlich mit den jugendlichen Angestellten und Lehrlingen meint, der zeigt ihnen den Weg zur freien Gewerkschaft.

Schon öfter haben wir darauf hingewiesen, mit welchen Mitteln die bürgerlichen Verbände arbeiten. Sie verschweigen ihren richtigen Namen und setzen an seine Stelle „Kaufmännischer Jugendamt“ im D.H.V. oder „Kaufmännischer Jugendbund im G.V.“ usw.

Der Deutschenationale Handlungsgehilfenverband betrachtet es als seine vornehmste Aufgabe, die Jugend im nationalen chauvinistischen Sinne zu erziehen. Die freien Gewerkschaften haben sich zur Aufgabe gemacht, die Jugend im Geiste der Völkerverständigung zu beeinflussen. Die kaufmännischen Lehrlinge und jugendlichen Angestellten gehören in den Zentralverband der Angestellten, der in über 300 Ortsgruppen eigene Jugendgruppen gebildet hat. In diesen Jugendgruppen wird die kaufmännische Jugend in erster Linie heraufgezogen. Sie soll weiter mit allen Vorgängen des Wirtschaftslebens und mit dem Wesen der Gewerkschaften vertraut gemacht werden. Neben diesen Aufgaben kommt in den Jugendgruppen auch die Geselligkeit und der Profitt der Jugend zur Geltung. Gemeinsame Wanderungen, gemeinsamer Besuch von Theatern und Museen sollen die Jugend auch in geistiger Beziehung anregen. Wenn der gewerkschaftliche Nachwuchs sichergestellt werden soll, so müssen die Arbeiterkinder ein wachsameres Auge darüber haben, daß ihre Söhne und Töchter nicht den bereits genannten Harmonieverbänden, die im nationalistischen und im verschwommenen bürgerlichen Fahrwasser segeln, angehören.

„Gerhart Hauptmann und das deutsche Volk.“ Aus Anlaß des 60. Geburtstages des Dichters, hat der frühere Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Konrad Haenisch unter diesem Titel ein Buch erscheinen lassen. (Verlag: J. G. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 3, Preis in ganz Leinen gebunden 150. Mark). Konrad Haenisch sieht Gerhart Hauptmann in lebendigster Verbindung mit dem eine große Weltbewende heraufführenden deutschen Volk, er erfährt wirklich den mitten im Werdeprozeß einer neuen Kulturperiode stehenden schöpferischen Dichter Hauptmann, Konrad Haenisch schreibt eben kein Ergänzungsbuch zu der bisherigen, dem glühvollen Wirtschaft- und Sozialleben fernstehenden Literaturgeschichte, aus der heraus erst die ganze deutsche Persönlichkeit Haenischs ergründet werden kann. Und das gelingt dem deutschen Schriftsteller Haenisch trefflich. So begeistert auch das Herz Haenischs für die neue Zeit schlägt, niemals verleitet es ihn, den Abweg einer tendenziosen Geschichtsklitterei zu beschreiten. Haenisch zeigt objektiv, wie in den Dramen Hauptmanns die Haupttypen unserer bewegten Zeit leben, wie in diesen die großen Probleme unserer gewaltigen Übergangszeit flammen.

Die „Tscheta, Russische Kaiserin“ von Paul Kampffmeyer, Berlin 1922, J. G. W. Dietz Nachf. und Buchhandlung Vorwärts. Dieses Buch muß von jedem Popf- und Gondarbeiter gelesen werden. Mitglieder erhalten es durch ihre Organisationen zu einem ermäßigten Preise von 35 M. (statt 50 M.). Die Organisationsstellen wollen sich wegen des Bezuges an die örtliche Volksbuchhandlung oder direkt an den Verlag wenden.

„Der historische Materialismus“ von Julian Borchardt. Eine Einführung in die materialistische Geschichtsauffassung. Preis der Schrift 25 M. Verlag E. Laubische Buchhandlung, Berlin C 54. Der Verfasser ist größeren Kreisen der Arbeiterschaft durch frühere Schriften nicht unbekannt. In dieser Schrift hat er es sehr gut verstanden, den historischen Materialismus so klar herauszuarbeiten, daß ihn jeder ungeschulte Arbeiter verstehen kann.

Zweite gewerkschaftliche Jugendkonferenz. Das Protokoll über diese am 17. und 18. Juni d. J. in Leipzig stattgefundene Tagung ist nun erschienen. Es erhält besonders Interesse dadurch, daß in ihm nähere zahlenmäßige Angaben über den Anteil der Jugendlichen an der Mitgliedschaft der einzelnen Verbände gegeben werden. Die Einrichtungen der Verbände und die verschiedene Art ihrer Betätigung für die Jugend wird dargestellt. In ausführlicher Wiederholung ist dann das Referat von A. Weigner-Berlin über „Das neue Lehrlingsrecht und die notwendigen Änderungen der Gewerbeordnung“ zu finden. Das mit großem Fleiß ausgearbeitete Referat bietet jedem, der sich mit Lehrlingsfragen beschäftigen muß, eine Fülle von Anregungen und auch Hinweise auf geltende gesetzliche Bestimmungen. In Zusammenhang damit stehen die Ausführungen des Ing. A. Frölich über „Lehrverhältnisse“, die aufzeigen, was auf dem Gebiet der Berufsbildung noch zu leisten ist. Die weiteren Verhandlungen der Konferenz über ein gewerkschaftliches Jugendprogramm, örtliche Jugendpartei und deren Aufgaben werden für jeden von Interesse sein, der für die Jugend tätig ist. Es ist zu hoffen, daß aus den Richtlinien, die der Referent für die örtliche Jugendarbeit der Gewerkschaften aufstellte, in recht kurzer Zeit feste Regeln werden, die einheitliches Arbeiten wie vor dem Kriege ermöglichen. Das Protokoll kostet im Buchhandel 14 M.; durch die gewerkschaftlichen Organisationen ist es für Mitglieder zu Vorzugspreisen zu haben.

Begrenzung der Gewinnausschüttungen. Im Augustheft der „Betriebsratzeitung“ erscheint der Vortrag: „Das zukünftige Arbeitsrecht“, den Prof. Dr. Sinzheimer auf dem ersten Gewerkschaftskongreß in Leipzig gehalten hat. Die Frage, ob es nicht möglich ist, die Gewinnausschüttungen zu begrenzen, beschäftigt die Arbeiterschaft sehr lebhaft. Der Schriftleiter der Zeitung veröffentlicht eine Untersuchung dieses Problems und hat den bekannten Sachverständigen des Reichswirtschaftsrats, Prof. Dr. Schmallehgen gebeten, zu den Ergebnissen dieser Untersuchung Stellung zu nehmen. Vielleicht darf man hoffen, daß diese Untersuchungen auch im Reichswirtschaftsrat selbst fortgesetzt werden. Mit Interesse und Nutzen werden die Leser den Beitrag „Der Beruf“ studieren, eine Besprechung des Werkes von Prof. Dr. Dunckmann. In die Kalkstoffgewinnung führt uns ein sehr wertvoller Beitrag, an den sich ein zweiter Artikel „Leber die Kalkgewinnung in Deutschland“ anschließt. Prof. Bohm berichtet über die Bedeutung der Mittelmeerländer für die Versorgung Deutschlands. In dem Teil: „Geseß und Recht“ werden wichtige arbeitsrechtliche Fragen behandelt, ebenso in der „Bücherschau“. Wer lernen will, der findet in dieser Gewerkschaftszeitung ausgezeichnetes Material für wenige Pfennige, eine Zeitung, die den Leser von Anfang bis zum Ende interessiert hält. Jedes Postamt nimmt Bestellungen an, nicht nur von Betriebsräten, sondern von jedermann.

Heimkultur — Deutsche Kultur. Heimstätten für Kriegervfamilien. Mit 125 Abbildungen, Hauspläne usw. von der Heimkultur gewidmet durch Dr. E. Abigt. Preis 7.75 M., Heimkulturverlag Wiesbaden (Postfach Frankfurt 23 300). Dieses inhaltsreiche Werk behandelt u. a. die Siedlung auf dem Lande. Segen des Einfamilienhauses. Heimstätten selbstbau. Billiges Bauen — billiges Wohnen. Ein neuer Weg zur Wohnungsbeschaffung. Wie beschafft man sich Baukapital und Hypotheken? Heimstätten für Kriegsbeschädigte. Kleinrenten für Kriegsinvaliden usw. Es bringt eine Fülle von Anregungen, gute Hauspläne usw. und ist schon in über 100 000 Exemplaren verbreitet.

Anzeigen

Diegler's Schriftenschnerelei (Hessen), Dicker Straße 37. Grabmalgräbern zum Durchpflügen. 2000 Schriftenschnerelei 85 Mark. Marmorsteine für Grabmäler. Tüchtiger Bruchschmied sofort gesucht! Königsbühner Granitwerke C. Bester Nachf. Königsbühn b. Görlitz (Oberlausitz). Tüchtiger, geprüfter Schiefermeister, Alters, der durchaus zuverlässig und selbstständig arbeitet, sofort gesucht, bei hohem Lohn, Dienstwohnung mit Ackerland vorhanden. Stellung ist dauernd. Zuschriften mit Angabe bisheriger Tätigkeit, an Ohmthal-Basaltwerke, Abt. Ortenberg (Oberhess.). Tüchtige Steinseher bei hohem Lohn und Auslösung sofort für meine Baustelle: Entmietung des Personenbahnhofs Göttingen gesucht. F. R. Müller, Göttingen, Obere Markstr. 8. Mehrere tüchtige Steinbrecher und Sandsteinseher stellt sofort ein. Stundenlohn 47 bis 50 M. Meldung b. Steinmetzpotier Otto Kottlotz, Oerlinghausen (Lippe).

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik einreicht werden. In Zeil am 20. August der Hilfsarbeiter Theodor Kaiser, 55 Jahre alt, Lungenerkrankung. In Stehelen am 25. August die Kleinschlägerin Ida Kinkert, 56 Jahre alt, Schlaganfall. In Lunkirchen am 26. August der Brecher Josef Rettenberger, 33 Jahre alt, Diphtherie. Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Windler, beide in Leipzig. Druck: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig.

Bei dieser Gelegenheit erinnern wir daran, daß der Zentralverband der Angestellten in der Frage der Berufsberatung jederzeit bereit ist, den Eltern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Es sollten keine Lehrverträge ohne vorherige Rücksprache mit der Organisationsleitung abgeschlossen werden. Wir bitten unsere Leser, sich bei Abschluß von Lehrverträgen und bei allen Streitigkeiten, die sich aus dem Lehrverhältnis ergeben, mit dem Zentralverband der Angestellten in Verbindung zu setzen.

Soziales. Alkohol und Leistung. Die Münchner medizinische Wochenschrift berichtet über interessante Versuche, die in der Preussischen Polizeischule für Leibesübungen in Spandau angestellt worden sind. Es erhielten vor einem 100-Meter-Lauf oder 100-Meter-Schwimmen von je 12 Mann je 7 Gramm 96prozentigen Alkohol, sechs andere einen ihnen unbekanntem Erfrischungstrank. Es wurden nicht die Leistungen des einzelnen an verschiedenen Tagen verglichen, sondern die Leistungen einer Mehrzahl von Leuten am Untersuchungstage mit ihrer bisherigen besten Durchschnittsleistung. Das mußte geschehen, weil die Leistungen des einzelnen an verschiedenen Tagen von äußeren (Witterung, Wind) und inneren (Stimmung, Uebung) Faktoren abhängig ist. Die Einnahme des Alkohols geschah einige Minuten vor dem Lauf. Es ergab sich, daß dieser die sportliche Leistung beeinträchtigte, und daß die Meinung falsch ist, daß kleine Mengen von Alkohol die sportliche Leistung anregen. Das gleiche läßt sich ohne weiteres auf die Arbeitsleistung übertragen.

Selbsthilfe des Proletariats. Zur Finanzierung der Wohlfahrtspflege sollen in Viefelsfeld statt der zuerst geplanten Wohlfahrtsstudie Wohlfahrtszulage zu den Ortskrankenkassenbeiträgen erhoben werden. Es werden sich auf diese Weise durch geringe Belastungen gewaltige Summen ergeben. Würden zum Beispiel statt 4 1/2 Prozent des Grundlohnes 5 Prozent erhoben, so ergibt das ein Mehr von über einer Million, das für die Kinderfürsorge verwendet werden kann. Das Mehr, das von den Versicherten dafür zu zahlen ist, beträgt in der untersten Stufe nur 1.25 M. und in der obersten 32 M. In Bremen ist ein ähnliches Unternehmen übrigens bereits mit gutem Erfolge durchgeführt. Die Erträge werden der Tuberkulosefürsorge zugewandt.

Das Alter der Heiratenden. Während vor dem Kriege 71 Prozent aller Heiratenden Männer 20—30 Jahre alt waren, waren dies nach „Wirtschaft und Statistik“ im Jahre 1919 nur 58 Prozent. 1913 standen 28 Prozent im Alter von über 30 Jahren, 1919 aber 42 Prozent. Von den Heiratenden Frauen zählten vor dem Kriege 58 Prozent, also weit mehr als die Hälfte, weniger als 25 Jahre. Im Jahre 1919 waren es hingegen nur 42 Prozent. Damit ist das Heiratsalter bei Männern wie bei Frauen heraufgerückt, was sich auch in den Geburtenzahlen bemerkbar machen wird.

lamiß, Paanten, Vilgramreuth, Mattenberg, Regensburg, Reimersreuth, Rindnach, Röhrnach, Kofsbach, Ruhmannsfelde, Schwärzenbach, Selb, Selbich, Seuzen, Sparned, Steinwiesen, Teuschütz, Tittling, Triebendorf, Tröfau, Wiedlach, Waldkirchen, Weidenberg, Weidenberg, Weisenstadt, Windischschönbach, Wirsberg, Wunsiedel.

Gau VIII (Würzburg).

Gauleiter: Max Lohse, Würzburg, Rüdertstr. 7 III. Zahlstellen: Altmengranau, Amorbach, Augsburg, Bamberg, Bischofsheim, Burgstadt, Crailsheim, Dietrich, Dillingen, Eßartschhausen, Eichbühl, Eitelstadt, Eichstadt, Faulbach, Fehrenbach, Freudenberg, Fridenhaußen, Gohmannsdorf, Großheubach, Grünfeld, Gundelsheim, Hardheim, Hasenthal, Heidingsfeld, Höpflingen, Iphofen, Kembach, Kirchheim, Kleinrinderfeld, Koburg, Kufsbach, Langenaußen, Lichtenfels, Martrbreit, Maroldsweicha, Milbenberg, Niklashausen, Nordheim b. d. Rhön, Rördlingen, Nürnberg, Oberdachsteden, Obereichsenbach, Oberriedenberg, Ochsenfurt, Rappenheim, Randersacker, Rauenberg, Reichenberg, Reichenhausen, Milbenberg, Niklashausen, Nordheim b. d. Rhön, Rördlingen, Nürnberg, Oberdachsteden, Obereichsenbach, Oberriedenberg, Ochsenfurt, Rappenheim, Randersacker, Rauenberg, Reichenberg, Reichenhausen, Röllfeld, Roth v. d. Rhön, Roth bei Würzburg, Rothenburg a. T., Rottenbauer, Schopfloch, Schraudenbach, Schwebenried, Solnhofen, Sommer- und Winterhausen, Spechtbrunn, Steinach, Stadtprozelten, Treuchtlingen, Trossenfurt, Ulm, Vereth, Weisenburg, Würzburg, Zapfenhof, Zeil.

Gau IX (Frankfurt a. M.).

Gauleiter: Adolf Menges, Frankfurt a. M., Ribbungenallee 13 III. Zahlstellen: Alendorf, Alpenrod, Altdiez, Anspach, Baumholder, Beilstein, Verzahn, Bohenhausen, Breitenborn, Burgschwalbach, Coblenz, Darmstadt, Dieteschau, Dreihausen, Dreisbach, Driedorf, Dübelsheim, Ebersgöns, Eidengesäß, Enspel, Erdbach, Eschbach (Kr. Uffingen), Fehlbühlhausen, Fronheim, Frankfurt a. M., Geilmun, Gemünden, Hedholzhausen, Hölzenhausen, Homburg, Kirn, Lauterbach, Langenaußen, Lippe, Lollar, Lonsdorf, Mainz, Marlain, Medenbach, Niederramstadt, Oberbessingen, Obermörlen, Obersbach, Offenbach, Ober-Widdersheim, Oberheim, Quedborn, Radelshausen, Rinderbügen, Rokenbach, Roldorf, Roth (Dillf.), Rothenbach, Rupbach, Saafen, Schadeck, Steeden, Steinau, Groß-Steinheim, Klein-Steinheim, Schupbach, Willmar, Weilers b. Wächtersbach, Weilmünster, Weklar, Willmenrod, Wiesbaden, Zinheim.

Gau X (Halle).

Gauleiter: Albert Schlegel, Halle a. S., Henriettenstraße 38. Zahlstellen: Altleben, Alvenleben, Arnstadt, Bernburg, Brauntal, Dedheim, Erwinke, Dessau, Drohnsig, Ehringsdorf, Eisenach, Erfurt, Flechtingen, Freyburg, Gommern, Gähma, Gera, Gotha, Greiz, Gleichamberg, Halle, Halberstadt, Hasserode, Hohenleuben, Jena, Kalteneck, Krafsdorf, Landsberg, Langensalza, Löbejün, Magdeburg, Mellnabach, Mühlhausen, Raumburg, Oberdorf, Osterode, Böhmek, Römheld, Saalburg, Sangerhausen, Schlei, Schmalkalden, Seeburg, Süplingen, Treffurt, Weimar, Weisenfels, Weisterode, Wiegersdorf, Wildemann, Wolfshagen, Wölferbütt.

Etwa ausbleibende Steinarbeiter-Sendungen müssen beim örtlichen zuständigen Postamt reklamiert werden!

Folgende Zahlstellen hatten bis zum 5. September trotz mehrfacher Aufforderung die Abrechnung des II. Quartals noch nicht eingekandt:

- 1. Gau: Emden, Stralsund.
2. Gau: Grünberg.
3. Gau: Minden, Volkmarjen.
4. Gau: Teuschütz.
5. Gau: Bohenhausen, Weilmünster.

In der verflossenen Woche sind die neuen Statuten und Verhandlungsprotokolle zum Versand gekommen. Die letzteren sind den Zahlstellen zum Selbstkostenpreis angerechnet (30 M. pro Stück). Soweit von den Zahlstellen keine Bestellungen vorlagen, wurden ihnen dennoch einige Exemplare entsprechend der Mitgliederzahl und Auflage überwiesen, denn notwendig ist, daß jede Zahlstelle einige Exemplare zur Hand hat. Jeder Sendung lag ein Lieferchein bei, die Verrechnung erfolgt ordnungshalber im laufenden Quartal.

Die Kollegen mögen zum Verhandlungsprotokoll von nachstehender Berichtigung Notiz nehmen: Seite 108 ist dem Stenographen bei der Feststellung des Abstimmungsergebnisses und der Resolution des Vorstandes zum Bauwerkverband eine Namensverwechslung unterlaufen, die auch bei der Korrektur übersehen wurde. Hiernach hat der Kollege Schwarz (Lobau) an Stelle des Kollegen Kettner (Demitz) für die Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband gestimmt, während Schwarz sich der Resolution des Vorstandes angeschlossen hat. Schwarz ist daher an der betreffenden Stelle des Protokolls zu streichen und an seine Stelle Kettner zu setzen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Hannover. In der Quittung für Biowigs Grabstein in Nr. 33 sind dem Setzer einige Fehler unterlaufen. Es muß heißen: W. Wühlé 20 M. (nicht 300 M.). Geestmünde-Wulsdorf 115 M. (war ausgeblieben). Die in der Quittung vermerkten Endsummen sind richtig. Eine Addition ergibt ohne weiteres den Sechsfelder. Die Schriftleitung. S.

Tittling. Der in Nr. 35 aufgeforderte Pfastersteinmacher Max Bessinger (nicht Gottfried, wie es hieß), ist seinen Verpflichtungen mir gegenüber nachgekommen. Ritus Altdorfer, Steinmetz. Gr.-Kunzendorf. Für den kranken Kollegen Kleinert gingen ein: Von Oberpeisa 800 M., eine örtliche Sammlung ergab 770.95 M. Den Gebern besten Dank. Die Ortsverwaltung.

Adressenänderungen.

- 1. Gau. Neustettin. Kass.: Paul Scheel, Weinbergstr. 23. Stettin. Vorj.: Walter Schmidt, Junkerstr. 6/7. 2. Gau. Steeden. Vorj.: Wilh. Appel; Kass.: Wilh. Gerhardt. 3. Gau. Flösch, Oberpf. Vorj.: Hans Färber, Bachgasse 91. 4. Gau. Lichtenfels. Vorj. u. Kass.: Nikolaus Diroll, Schützenstr. 14.

Briefkasten.

Eudenberg und anderen Zahlstellen zur Kenntnis, daß die Steinarbeiter-Sendungen, seitdem die Post die Ueberweisung übertragen bekommen hat, ohne jede Hülfe dem Empfänger zugestellt werden. Das ist so Brauch. Stuttgart. Wir haben bisher keine Notiz genommen von der 20-jährigen Mitgliedschaft einzelner Kollegen, die Zahl dieser ist unter den Steinmetzen durchaus nicht gering; sind aber stolz darauf, daß neben den Kollegen Hasis, Klant und Wedner in Stuttgart nunmehr auch Kollege Georg Krögginger in einer Zahlstelle auf eine solche Mitgliedschaft zurückblickt. Diese ununterbrochene Mitgliedschaft muß schon deshalb hoch angerechnet werden, weil der Kollege taubstumm ist und nur durch eigene innere Verarbeitung den Organisationsgedanken so fest in sich aufgenommen hat.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die neue Gaueinteilung. Mit Beginn des 4. Quartals wird die nachstehende Gaueinteilung gültig; bis zu diesem Zeitpunkt ist der Wechsel der Geschäfte von den in Betracht kommenden Orts- und Gaueverwaltungen zu vollziehen, damit die Neugruppierung am 1. Oktober vollständig durchgeführt ist. Am 1. Oktober in der Schwebe befindliche Verhandlungen usw. können von der alten Vertretung beendet werden. Auch die zuständigen Arbeitgeberverbände sind nach vollzogenem Wechsel in der Geschäftsführung unter Angabe der neuen Adressen zu benachrichtigen.

Gau I (Berlin).

Gauleiter: Gustav Ritsche, Berlin SO 16, Engelauer 24 I. Zahlstellen: Berlin, Brandenburg a. S., Bremen, Bügow i. Medl., Danzig, Dramburg, Emden, Fehldorf, Frankfurt a. O., Greifswald, Guben, Hamburg, Kiel, Königsberg i. Pr., Köslin (Pomm.), Landsberg a. d. Warthe, Lübeck, Lüneburg, Neustettin, Oldenburg, Parchim i. Medl., Prenzlau, Rostock, Schwerin, Stade i. Hann., Stettin, Stralsund, Waren i. Medl., Wulsdorf.

Gau II (Liegnitz).

Gauleiter: Kaver Senft, Liegnitz, Gutenbergstraße 15 III. Zahlstellen: Alt-Barthau, Arnsdorf, Beuthen, Breslau, Bries, Bunzlau, Ebersdorf, Giersdorf, Gielaschdorf, Goldberg, Görlitz, Greiffenberg, Gr.-Kunzendorf, Grünberg, Häslich i. Schles., Herzogswalde, Hockenu, Jannowitz, Königsbain, Königsvalde, Landel, Lauban, Liegnitz, Löwenberg, Mauer, Niederlinda, Ober-Beilau, Ostrik, Schreiberhau, See, Strehlen, Striegau, Ströbel, Tantschenhof, Waldenburg, Wenig-Nadwitz, Wunsiedelburg, Wülfersdorf.

Gau III (Sachsen).

Gauleiter: Willy Mühle, Leipzig, Zeiser Str. 30 IV. Zahlstellen: Altenhain, Aue, Bautzen, Beerswaldermühle, Berbersdorf, Beucha, Brambach, Cunewalde, Chemnitz, Crottendorf, Demitz-Thumitz, Dornreichenbach, Dresden-Pirna, Ebersbach, Froburg, Geizing, Geyer, Grimma, Häslich, Herrnhau, Hohburg, Kamenz, Kindsch, Kirchberg, Klipphausen, Königsbrü, Langenberg, Leipzig, Lobau, Meißen I, Meißen II, Mittweida, Neumark, Oschatz, Penig, Plauen, Reichenmühle, Riesa, Schirgiswalde, Schmiedeberg, Sebnitz, Sproitz, Taucha, Theuma, Treuen, Wabnitz, Wechselburg, Wermisdorf, Wildschütz, Wurzen, Zittau, Zöblitz Zwickau.

Gau IV (Cassel).

Gauleiter: Konrad Reis, Eiterhagen, Bez. Cassel. Zahlstellen: Aaleben, Bantorf, Bennigsen, Bielefeld, Braunschweig, Carlsbafen, Cassel, Dörnberg, Einbeck, Eiterhagen, Egershausen, Eschershausen, Fürstenwald, Göttingen, Sudensberg, Hannover, Hardegen, Hildesheim, Hohenberg, Ibsenbüren, Königs-lutter, Quiter am Varenberge, Meensen, Minden, Mosheim, Münchhagen, Rieste, Oberaula, Osnabrück, Osterholz, Osterwald, Quenel, Raderborn, Reiffenhausen, Rühle, Rütthen, Ulfen, Volkmarsen, Warstein, Wellerode, Wresgen.

Gau V (Rhin).

Gauleiter: Jakob Braun, Köln-Mühlheim, Branngelstraße 3 I. Zahlstellen: Aachen, Altdorf, Blombacherbach, Bodum, Bonn, Crefeld, Dornap, Dormund, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Eudenberg, Gierzhagen, Groyten, Summersbach, Hahnenfurch, Herdecke, Hofermühle, Hohenlimburg, Hoppfeld, Huns-winkel, Kasbach Köln I, Köln II, Kupferdreh, Letmathe, Linn, Lüntenbeck, Mahen-Bezirk, Mülheim, Münster, Neanderthal, Niederbreitig, Oberhagen, Obermündig, Sinzig, Sprohnhövel, Tönisheide, Thomasberg, Trier, Uckerath, Walheim, Wehrthofen, Wülfrath.

Gau VI (Karlsruhe).

Gauleiter: Franz Sarfert, Karlsruhe i. Baden, Humboldtstraße 6. Zahlstellen: Albersweiler, Alsenz, Alenglan, Altleiningen, Asbach, Bad Dürkheim, Bebesbach, Bretten, Deidesheim, Derdingen, Dossenheim, Eberbach, Elzweiler, Freiburg i. Br., Freudenstein, Hammelbach, Haschbach, Haslach, Hemsbach-Bezirk, Hornberg, Immeningen, Kaiserslautern, Kappelroden, Karlsruhe, Krickenbach, Kirnbach, Lahr, Lautereden, Ludwigsbafen, Lütchenbach, Mannheim, Maulbronn, Mühlbach (Amt Espingen) Baden, Mühlbach a. Glan (Post Alenglan) Bayern, Neustadt a. d. Saar, Neustadt i. Oberw., Ochsenburg, Oberwiesfen, Pfaffenhofen, Pforsheim, Rammelsbach, Raunmünzach, Reinheim, Schriesheim, Schweisweiler, Seebach, Siedelsbrunn, Speyer, Stuttgart, Sulzfeld, Tiefenstein, Ueberlingen a. B., Wallbüren, Weiler (Amt Sinsheim), Weiterdingen.

Gau VII (Wunsiedel).

Gauleiter: Christian Schmidt, Wunsiedel (Oberfr.), Maximilianstraße 28. Zahlstellen: Aunkirchen, Bad Aibling, Bayreuth, Berned, Bischofsgrün, Blaubeurg, Blaibach, Bogenbrün, Bruckmühl, Büchelberg, Dechantsee, Eberhardsreuth, Ebenfetten, Flog, Friedensfels, Fürsteneck, Fürstenstein, Fürstzell, Gefrees, Großlattengrün, Nauzenberg, Gemerau, Hochwegen, Hof, Kaiserhammer, Kelheim, Kiefersfelden, Kirchenlamitz, Köditz, Kronach, Kringell, Marktkeuthen, Reiten, München, Neubau, Neubaus, Neuforg, Neustift, Nieder-